

Geschäftsbericht 2014



Inhalt

I	Bericht des Kantonsrates über seine Geschäftsführung	3	III	Finanzieller Überblick	21
1.	Ratsstatistik und Allgemeines	4	1.	Das Rechnungsergebnis in Kürze	22
2.	Besondere Parlamentsrechte	5	1.1	Die grössten Abweichungen zwischen Voranschlag und Rechnung 2014	23
3.	Ratsleitung	5	1.1.1	Erfolgsrechnung	23
			1.1.2	Investitionsrechnung	24
II	Bericht des Regierungsrates über seine Geschäftsführung	7	1.2	Die grössten Abweichungen zwischen Rechnung 2013 und Rechnung 2014	24
1.	Allgemeines	8	1.2.1	Erfolgsrechnung	24
2.	Regierungsgeschäfte	8	1.2.2	Investitionsrechnung	25
3.	Anlässe/Aussprachen	13	1.3	Finanzkennzahlen 2010 – 2014	26
4.	Information der Öffentlichkeit	14	1.4	Ergebnis nach Behörden und Departementen	30
5.	Nordwestschweizer Regierungskonferenz	15	1.4.1	Erfolgsrechnung	30
6.	Pflege und Förderung der Unternehmenskultur	16	1.4.2	Investitionsrechnung	35
7.	Tätigkeitsbericht der kantonalen Beauftragten für Information und Datenschutz	16	1.5	Globalbudgets	38
8.	Politische Rechte	17	1.6	Bruttoentnahmen aus Spezialfinanzierungen	39
			2.	Rahmenbedingungen	40
			3.	Die grössten Aufwandpositionen	42
			3.1	Besoldungskosten	42
			3.1.1	Pensenübersicht	44
			3.1.2	Beiträge an die Pensionskasse und die Sozialversicherungen	46
			3.2	Nettoaufwand für einzelne Schultypen	46
			3.3	Nettoverschuldung und Zinsendienst	47
			3.3.1	Nettoverschuldung	47
			3.3.2	Nettozinsaufwand	48
			3.4	Abschreibungen	48
			3.4.1	Verwaltungsvermögen	48
			3.4.2	Finanzvermögen	49
			3.5	Strassenbaufonds	50
			3.6	Gesundheitskosten	51
			3.7	Soziale Sicherheit	52
			4.	Die grössten Ertragspositionen	56
			4.1	Bundesanteile	56
			4.2	Staatssteuerertrag	57
			4.2.1	Entwicklung Steuerausstand	58
			4.3	Nebensteuern	59
			IV	Bericht der Revisionsstelle	61

Editorial



Sie halten hier den Geschäftsbericht 2014 des Kantons Solothurn in den Händen. Darin legen Regierung und Parlament Rechenschaft ab über die Geschäftsführung und all ihre Tätigkeiten des vergangenen Jahres. Tätigkeiten, die immer dem Hauptziel all unserer Bemühungen dienen, nämlich unseren Kanton Solothurn als lebenswerte, faszinierende, einzigartige und attraktive Wohn- und Arbeitsregion vorwärts zu bringen. Das vergangene Jahr wurde geprägt durch einige grosse Projekte, die mit Zustimmung des Volkes erfolgreich zu Ende gebracht werden konnten, bzw. nun zur Ausführung gelangen können. Genannt seien hier nur der neue kantonale Finanzausgleich und das «Jahrhundertprojekt» Ausfinanzierung der Pensionskasse.

Neben den Rechenschaftsberichten ist natürlich auch die Staatsrechnung Inhalt des Geschäftsberichtes. Leider müssen wir auch für dieses Jahr, zum dritten Mal in Folge, ein negatives Rechnungsergebnis ausweisen. Da schon der Voranschlag einen Aufwandüberschuss aufwies, ist das negative Resultat leider keine Überraschung. Obwohl das operative Ergebnis dank ersten Umsetzungsergebnissen der Massnahmenpläne 2013 und 2014 und den zusätzlich von der Regierung angeordneten Sparanstrengungen ausgabenseitig um fast 40 Mio. Franken besser ausgefallen wäre als budgetiert, wurde es auf der anderen Seite durch ausserordentliche Wertberichtigungen und dem Wegfall der Ausschüttungen der Nationalbank (SNB) um mehr als 60 Mio. Franken verschlechtert. Schliesslich fiel das Gesamtergebnis mit einem Defizit von 134,9 Mio. Franken sogar noch schlechter aus als geplant. Zwar wird die ausgebliebene Ausschüttung der SNB im Jahr 2015 als zusätzliche Ausschüttung nachgeholt, darf aber aus finanztechnischen Gründen trotzdem nicht mehr der vorliegenden Rechnung gutgeschrieben werden.

Immerhin zeigt der neue Integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2016–2019 langfristig eine deutliche Verbesserung auf. Das ist hauptsächlich der Umsetzung der Massnahmenpläne 2013 und 2014 zu verdanken, welche erst in den nächsten Jahren ihre volle Wirkung erzielen werden. Der IAFP 2016–2019 zeigt aber auch auf, dass noch grosse Anstrengungen notwendig sind, damit das Legislaturziel, eine ausgeglichene operative Rechnung, erreicht werden kann. Dies um so mehr, als mit der Unternehmenssteuerreform III (USR III) in den kommenden Jahren Einnahmenverluste bei den Steuereinnahmen von juristischen Personen zu erwarten sind.

Die Sanierung des Staatshaushaltes bleibt eine anspruchsvolle Aufgabe, welche weiterhin Opfer von allen Seiten erfordert. Der Regierungsrat wird sich selbstverständlich engagiert dafür einsetzen, auch in den kommenden Jahren den politischen Rückhalt dafür zu erhalten.

A handwritten signature in black ink that reads "Roland Heim". The signature is written in a cursive, flowing style.

Roland Heim
Landammann





Bericht des Kantonsrates
über seine Geschäftsführung



Bericht des Kantonsrates über seine Geschäftsführung

1. Ratsstatistik und Allgemeines

Der Kantonsrat wurde im Berichtsjahr von Peter Brotschi, CVP, Lehrer/Journalist, Grenchen, präsiert.

Ratsstatistik	2012	2013	2014
– KR-Sessionen	6	7	7
– Anzahl Sitzungshalbtage	19	18	21
Behandelte KR-Geschäfte	205	208	195
– Sachgeschäfte	45	46	39
– Rechtsetzende Erlasse	13	11	27
– Wahlgeschäfte	17	41	12
– Verordnungsvetos	2	-	1
– Volksinitiativen	-	1	-
– Volksaufträge	2	2	-
– Beschwerden	1	-	1
– Petitionen	1	1	1
– Parlamentarische Initiativen	1	-	-
– Begnadigungen	-	1	-
– Aufträge	56	48	44
– Interpellationen	42	45	52
– Kleine Anfragen	11	12	18
Neu eingereichte Vorstösse	105	136	111
– Volksaufträge	3	1	3
– Planungsbeschlüsse	1	35 ¹	-
– Parlamentarische Initiativen	-	-	-
– Aufträge	49	41	34
– Interpellationen	41	50	54
– Kleine Anfragen	11	9	20
KR-Kommissionssitzungen (ohne Ausschüsse)	64	59	58
– Ratsleitung	12	9	7
– Finanzkommission	9	11	12
– Geschäftsprüfungskommission	5	6	8
– Justizkommission	9	9	7
– Bildungs- und Kulturkommission	6	8	9
– Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission	6	7	6
– Sozial- und Gesundheitskommission	6	5	8
– Redaktionskommission ²	2	2	1
– Spezialkommission Neubau Bürgerspital Solothurn	2	-	-
– Spezialkommission Revision KRG/GRKR	7	2	-
Gesamtanzahl Sitzungsabrechnungen (inkl. Fraktions- und Ausschusssitzungen; interkantonale Gremien etc.)	245	224	255

Im Berichtsjahr waren folgende zwei Mutationen zu verzeichnen: Am 18. März Markus Baumann, SP, Derendingen (anstelle von Roger Spichiger); am 6. Mai Urs Unterlerchner, FDP, Solothurn (anstelle von Yves Derendinger).

¹ Im November 2013 wurden im Zusammenhang mit dem Legislaturplan 2013–2017 insgesamt 35 Planungsbeschlüsse aus dem Parlament eingereicht.

² Die Redaktionskommission hat 2014 eine Sitzung durchgeführt und im Übrigen alle Geschäfte im Zirkulationsverfahren behandelt.



2. Besondere Parlamentsrechte

– Einspruchsrecht des Kantonsrats (Art. 79 Abs. 3 KV)

Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat im Berichtsjahr 22 Verordnungen oder Verordnungsänderungen unterbreitet; gegen eine wurde das Veto ergriffen. Dieses Veto wurde vom Kantonsrat abgelehnt. Von der Gerichtsverwaltungskommission bzw. vom Obergericht wurden keine Verordnungen oder Verordnungsänderungen unterbreitet.

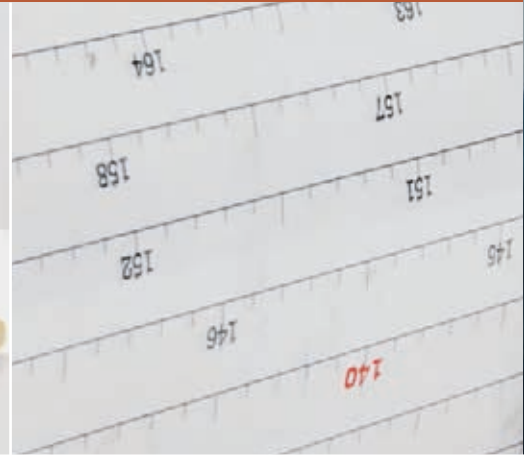
– Stellungnahme des Kantonsrates zu Vernehmlassungen des Regierungsrats an Bundesbehörden (Art. 76 Abs. 1 Bst. h KV)

Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr der Ratsleitung 94 Vernehmlassungsvorlagen von Bundesbehörden unterbreitet. Die Ratsleitung hat in allen Fällen auf eine Mitwirkung des Kantonsrates verzichtet.

3. Ratsleitung

Die Ratsleitung hielt im Berichtsjahr 9 Sitzungen ab, an denen sie sich vorwiegend mit Fragen des Ratsbetriebes befasste. Zuhanden des Kantonsrates wurde insbesondere Bericht und Antrag zur Aufhebung des Erwerbsausfallersatzes für Mitglieder des Kantonsrats verabschiedet. Ferner nahm die Ratsleitung zu zwei Aufträgen Stellung, die den Rat in eigener Sache betrafen (Auftrag Felix Lang (Grüne, Lostorf): Keine Abstimmungs-Arena im Kantonsparlament und Auftrag Thomas Eberhard (SVP, Bettlach): Effizienzsteigerung im Parlamentsbetrieb). Im Rahmen der Beantwortung der Interpellation Fränzi Burkhalter (SP, Biberist): 2. WoV-Zwischenbilanz beschloss die Ratsleitung, eine umfassende Umfrage bei allen Mitgliedern des Kantonsrates durchzuführen; dabei wurde ein gewisser Handlungsbedarf bei der Anwendung des WoV-Instruments Planungsbeschluss festgestellt.

Im Mai 2014 wurde ein Empfang für das Büro des Landrates des Kantons Basel-Landschaft organisiert und durchgeführt, im November 2014 besuchte die Ratsleitung das Büro des Grossen Rates des Kantons Thurgau in Weinfelden.





Bericht des Regierungsrates über
seine Geschäftsführung



Bericht des Regierungsrates über seine Geschäftsführung

1. Allgemeines

Der Regierungsrat wurde 2014 von Landammann Peter Gomm geleitet. 2014 wurden an 40 Sitzungen 2238 Beschlüsse gefasst.

2. Regierungsgeschäfte

Das Jahr 2014 stand im Zeichen der Umsetzung des Massnahmenplans 2014, den der Kantonsrat im Frühjahr verabschiedete und der dazu beitragen soll, den Staatshaushalt bis ins Jahr 2017 wieder zu stabilisieren.

2014 legte der Regierungsrat dem Kantonsrat folgende Gesetzgebungsprojekte zur Beratung vor:

- Gesetz über den Finanz- und Lastenausgleich der Einwohnergemeinden (FILAG EG)
- Änderung des Gesetzes über das Staatspersonal – Rückerstattung von Entschädigungen
- Änderung des Rechtsmittelweges bei vermögensrechtlichen Streitigkeiten im Personalrecht
- Änderung der kantonalen Lebensmittelverordnung
- Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien; Verlängerung um fünf Jahre und Änderung des Sozialgesetzes
- Änderung des Volksschulgesetzes (Spezielle Förderung)
- Vereinbarung zwischen den Kantonen Aargau und Solothurn über die BVG- und Stiftungsaufsicht
- Gesetz über die Pensionskasse Kanton Solothurn (PKG)
- Vorsorgereglement der Pensionskasse Kanton Solothurn
- Teilrevision des Energiegesetzes
- Teilrevision des Einführungsgesetzes zur eidgenössischen Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzgebung (EG BZG)



- Änderung des Sozialgesetzes; Senkung der Prämienverbilligung in der Krankenversicherung
- Änderung des Gesetzes über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht sowie des Gebührentarifs; Mehreinnahmen bei den Bürgerrechtsgebühren
- Gesetz über die Einwohnerregister- und die Stimmregisterplattform (GESP)
- Aufhebung des Viehhandelskonkordates
- Änderung des Gebührentarifs (GT); Anpassung der Beschwerdegebühren
- Projekt HRM2 – Einwohnergemeinden; Einführung Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell (HRM2) bei den solothurnischen Einwohnergemeinden, Änderung des Gemeindegesetzes
- Änderung des Gemeindegesetzes; Fusions- und Sanierungsbeiträge an die Gemeinden
- Anpassungen bei der Gerichtsorganisation und im Verfahrensrecht; Änderung des Gesetzes über die Gerichtsorganisation und weiterer Gesetze sowie des Gebührentarifs
- Teilrevision des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern; Personalsteuer
- Änderung des Gebührentarifs (GT)
- Änderung des Mittelschulgesetzes
- Teilrevision des Einführungsgesetzes über die BVG- und Stiftungsaufsicht (EG Stiftungsaufsicht)
- Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte

Eines der bedeutendsten Geschäfte, welches die Regierung und das Parlament im Jahre 2014 beschäftigte, war zweifellos die Ausfinanzierung der kantonalen Pensionskasse. Mit den Änderungen des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung nahm der Regierungsrat bereits 2012 die Arbeiten für die Ausfinanzierung der PKSO in Angriff. Im Zentrum der politischen Diskussion stand die Frage nach der Höhe der Beteiligung der Einwohnergemeinden am Fehlbetrag von rund 1,1 Milliarden Franken. Die dem Kantonsrat unterbreitete Vorlage sah zwei Varianten vor, wobei entweder der Fehlbetrag vom Kanton mit den Einwohnergemeinden zusammen (Variante 1) oder vom Kanton alleine (Variante 2) übernommen werden sollte. Bei beiden Varianten haben zudem die versicherten Personen durch Leistungsreduktionen (Wegfall des Teuerungsausgleichs auf den Renten, Kürzung der Arbeitgeberbeiträge) wesentlich zur Ausfinanzierung beizutragen. Nachdem der Kantonsrat das Gesetz mit einer Variantenabstimmung zuhanden der Volksabstimmung verabschiedete, erfolgte schliesslich auch durch das Volk die Zustimmung zur Ausfinanzierung, wobei es die Finanzierung allein dem Kanton übertrug. Dies wiederum wird, wie im Gesetz vorgesehen, zu einer Neuregelung von Aufgabenzuweisungen und deren Finanzierung zulasten der Gemeinden unumgänglich machen.

Der Regierungsrat genehmigte im Weiteren das neue Energiekonzept für den Kanton Solothurn. Auslöser für die Ausarbeitung eines neuen Energiekonzeptes waren der Grundsatzentscheid des Bundesrates zum Ausstieg aus der Kernenergie und der daraus folgenden Energiestrategie 2050 des Bundes. Mit dem Konzept soll der Verbrauch der fossilen Energieträger erheblich reduziert und die Nutzung erneuerbarer Energien erhöht werden. In seinem Bericht kommt der Regierungsrat zum Schluss, dass die natürlichen Energiepotentiale für Wärme und Strom auf dem Kantonsgebiet beträchtlich seien. Er geht davon aus, dass sowohl heute wie auch künftig der gesamte Bedarf an Raumwärme und Warmwasser mit erneuerbarer Energie gedeckt werden könnte, was in ähnlicher Weise auch für den Strombedarf gilt. Nebst der Wasserkraft, die heute schon weitgehend genutzt wird, könnte vor allem mit Sonne, Tiefengeothermie, Kehricht und Biomasse zusätzlich Strom erzeugt werden. Um saisonale Verbrauchs- bzw. Produktionsschwankungen auszugleichen, wird der Einsatz dezentraler Wärmekraftkoppelungsanlagen vorgeschlagen. Konkret setzt sich der Kanton Solothurn bis 2035 folgende Ziele: Steigerung der lokalen Stromproduktion um 900 Gigawattstunden, Reduktion des Verbrauchs fossiler Energieträger im Gebäudebereich um 50 Prozent, keine Zunahme des Stromverbrauchs und Ausnutzung von weiteren Sparpotentialen in der Industrie. Mit einem Reporting-Bericht, der alle vier Jahre erstellt werden soll, will sich der Regierungsrat periodisch über den Stand der Umsetzung des Energiekonzeptes informieren lassen.

Mit der Schlüsselübergabe von Baudirektor Roland Fürst an Landammann Peter Gomm wurde im Mai 2014 das Projekt «Neubau Justizvollzugsanstalt Solothurn (JVA)» symbolisch abgeschlossen. Das Hauptgebäude der JVA in Deitingen nahm am 1. Juli 2014 den Betrieb auf, die Fertigstellung der ganzen Anlage erfolgte per Jahresende. Auf einer Fläche von 5,4 Hektaren entstand eine geschlossene, multifunktionale Anstalt, die Platz für 96 Insassen schafft und rund 100 Arbeitsplätze bietet. Der Kanton Solothurn verfügt somit über eine moderne Anstalt, die gemäss den aktuellsten Erkenntnissen konzipiert wurde und so im Rahmen des Resozialisierungsauftrags einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit leistet. Die neue JVA ist von ihrer Ausrichtung her in der deutschen Schweiz einzigartig und Teil der Vollzugslandschaft Schweiz. An den Publikumstagen nutzten rund 11'000 Personen die Gelegenheit, die neue JVA zu besichtigen, was das grosse Interesse der Öffentlichkeit am Strafvollzug und den neuen Gebäulichkeiten im Deitingen Schachen offenbarte.



Die in der ersten Jahreshälfte stetig gestiegenen Asylgesuche, vor allem von Familien aus Syrien und Eritrea, führten zu einer starken Erhöhung der Zuweisungen seitens des Bundes an die Kantone. Zur Sicherstellung der Unterbringung der zugewiesenen Asylsuchenden musste die Kapazität der kantonalen Strukturen weiter erhöht werden. So wurden in Biberist die Zivilschutzanlage Grüngen für die Unterbringung von 30 Personen, primär einzelreisende männliche Asylsuchende, geöffnet, womit der akute Engpass beseitigt werden konnte. Nachdem das Verwaltungsgericht eine Beschwerde der Baukommission Egerkingen gegen die Errichtung eines weiteren Zentrums in der ehemaligen Klinik Fridau ablehnte, konnten schliesslich weitere Plätze für Flüchtlingsfamilien zur Verfügung gestellt werden, was zu einer Entspannung der Lage führte.

Auf das Schuljahr 2014/2015 wurde an den beiden Solothurner Gymnasien in Olten und Solothurn ein kantonaler Lehrplan eingeführt, der die bisherigen Lehrpläne ersetzt. Gestützt auf einen regierungsrätlichen Auftrag hat das Departement für Bildung und Kultur die seit 1998 geltenden Lehrpläne grundlegend überarbeitet und dabei neuere fachdidaktische und wissenschaftliche Erkenntnisse berücksichtigt und neue Fachbereiche wie Informatik und Kommunikationstechnologien einbezogen. Mit dem neuen, gemeinsamen Lehrplan wird das Maturitätsniveau verbindlich festgeschrieben. Er bildet zudem die Grundlage für vergleichbare Anforderungen und harmonisierte Maturitätsprüfungen.

Gemeinsam mit der Solothurner Handelskammer und dem Kantonal-Solothurnischen Gewerbeverband präsentierte der Kanton Solothurn das Projekt «SO talentiert – Fachkräfte für den Kanton Solothurn». Der Fachkräftemangel beschäftigt die Solothurner Unternehmen seit Jahren. Nicht zuletzt als Folge des anstehenden demographischen Wandels werden auch in Zukunft hochqualifizierte Arbeitskräfte noch knapper werden, wovon der «Industriekanton» Solothurn überproportional betroffen sein wird. Im Rahmen des Projekts «SO talentiert» sollen mit bereits vorhandenen und zahlreichen neuen Massnahmen das Interesse für Technik und Naturwissenschaften geweckt, das Image von technischen Berufen verbessert, die Rekrutierungsbasis optimiert und neue Fachkräfte durch Ausbildung hervorgebracht werden. Bund und Kanton unterstützen diese Vorhaben im Rahmen der Neuen Regionalpolitik (NRP).

Der Regierungsrat unterbreitete dem Kantonsrat Botschaft und Entwurf zu einem neuen Wirtschafts- und Arbeitsgesetz. In diesem Gesetzesentwurf wurden sämtliche wirtschaftsrelevanten Bereiche in einem einzigen Erlass zusammengefasst. So konnten 25 bisherige Gesetze oder Verordnungen aufgehoben und die Anzahl Paragraphen von rund 350 auf 106 reduziert werden. Die im Entwurf vorgesehenen Bestimmungen zur Sexarbeit stellen gesetzgeberisches Neuland dar. Diese sollen dazu beitragen, eine gewisse Ordnung zu schaffen und die Prävention zu stärken. Zur politisch umstrittenen Frage der Ladenöffnungszeiten unterbreitete der Regierungsrat zwei Varianten zur Auswahl. Die Volksabstimmung über das vom Kantonsrat verabschiedete Gesetz wird im Jahre 2015 stattfinden.

«Drum prüfe wer sich bindet ...: Was trägt der Föderalismus zum Zusammenhalt und zur Solidarität bei?»: Unter diesem Titel führte der Kanton Solothurn unter der Federführung der Staatskanzlei am 27./28. November 2014 die 4. Nationale Föderalismuskonferenz in Solothurn durch. Was trägt der Föderalismus zur nationalen Kohäsion bei? Inwiefern fördert er die Solidarität zwischen der ländlichen und der urbanen Schweiz, zwischen prosperierenden und wirtschaftlich schwächeren Gebietskörperschaften oder zwischen den Sprachregionen in unserem Land? Vermag der Föderalismus die Willensnation Schweiz auch in Zukunft zusammenzuhalten? Und was tut die Schweiz, um die Entwicklung föderaler und dezentraler Strukturen im Ausland zu fördern? Diesen und weiteren Fragen gingen die rund 250 Teilnehmenden aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft an dieser unter der Trägerschaft des Bundesrates, des Ständerates sowie der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) und des austragenden Kantons Solothurn stehenden Tagung nach. Die Nationalen Föderalismuskonferenzen finden alle vier Jahre statt und sollen die Gelegenheit bieten, unabhängig vom Alltagsgeschäft Standortbestimmungen zum Schweizer Föderalismus vorzunehmen und Perspektiven für die Zukunft zu entwickeln. Auf dem Programm standen u.a Referate von Bundesrätin Simonetta Sommaruga, dem Walliser Staatsrat Jean-Michel Cina, Präsident der KdK, und des Ständeratspräsidenten Claude Hêche.

Anlässlich dieser Konferenz fand die Preisverleihung des in Zukunft jährlich zu vergebenen Föderalismuspreises statt. Mit diesem Preis soll jeweils eine Person oder Institution ausgezeichnet werden, die besonders engagiert für den schweizerischen Föderalismus eintritt. Der erstmals verliehene Preis ging an alt Bundesrat Arnold Koller.



3. Anlässe / Aussprachen

Der Regierungsrat traf sich im Berichtsjahr mit den Gemeindepräsidien von Fehren, Himmelried, Meltingen, Nunningen, Zullwil, Deitingen, Halten, Kriegstetten, Obergerlafingen, Oekingingen, Rechterswil, Subingen, Biezwil, Buchegg, Lüsslingen-Nennigkofen, Lüterswil-Gächliwil, Lüterkofen-Ichertswil, Messen, Schnottwil, Unterramsern, Biberist, Derendingen, Gerlafingen, Lohn-Ammannsegg, Luterbach und Zuchwil.

Weitere Aussprachen fanden mit dem Verband Solothurner Einwohnergemeinden, dem Verband Solothurner Bürgergemeinden und Waldeigentümer sowie dem Obergericht statt.

Der Regierungsrat empfing den Kantonsratspräsidenten, die ehemaligen Regierungsrätinnen und Regierungsräte sowie den ehemaligen Staatsschreiber.

Er traf sich mit den Spitzen verschiedenster solothurnischer Firmen und nahm an besonderen Anlässen und Jubiläen, an der Kantonsratspräsidentenfeier und an der Eröffnung der neuen Gondelbahn auf den Weissenstein teil.

Ebenso nahm er an der Trauerfeier des ehemaligen Staatsschreibers Dr. Konrad Schwaller teil.

Zu den sich wiederholenden Anlässen gehörten Empfänge von hohen Offizieren sowie der Bischofsjass.

2014 wurden 20 Hundertjährige geehrt.

Regelmässige Aussprachen fanden auch mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft sowie im Vorfeld der Sessionen der Eidgenössischen Räte mit den Bundesparlamentariern statt.

Der Regierungsrat vergab Werkjahrbeiträge, Sport- und Auszeichnungenpreise sowie den Sozialpreis.

Der Regierungsrat besuchte den Regierungsrat des Kantons Obwalden.

Die Kontakte mit den Medien wurden durch regelmässige Medienkonferenzen und Begegnungen bei weiteren Anlässen aufrechterhalten.

4. Information der Öffentlichkeit

Tätigkeiten	2013	2014
Anzahl Medienversände nach RR-Sitzungen	38	40
Anzahl Medienmitteilungen	294	233
Anzahl Medienkonferenzen inkl. Fototermine		
Tagungen und Seminare	39	42
Anzahl akkreditierte Medien	65	65

Durchschnittlich wurden 2014 täglich zwischen 15 und 20 Medienauskünfte erteilt und Medienschaffende mit den richtigen Stellen innerhalb der Verwaltung in Kontakt gebracht. Die Betreuung interner Stellen beim Umgang mit Medien hat an Bedeutung gewonnen.

Die Vermittlung von Interviews und deren Begleitung stieg im Vergleich mit dem Vorjahr aus den obgenannten Gründen sogar noch etwas an.

Bei grösseren Projekten der Verwaltung wie die Eröffnung der neuen Justizvollzugsanstalt, Publikumstage der JVA, Föderalismuskonferenz, etc. betreute der Medienbeauftragte jeweils den Bereich Kommunikation.

Für das Personalamt war der Medienbeauftragte – im Rahmen der internen Ausbildung – wiederum während mehrerer Tage als Medientrainer im Einsatz. Er beteiligte sich auch Referent am Ausbildungszyklus «Kantonales Bedrohungsmanagement für Behörden und Institutionen» der Kantonspolizei. Hinzu kamen vermehrt noch Individuelle Ausbildungskurse für Ämter und Personen.

Vereinzelt war der Medienbeauftragte auch als Referent zum Thema «politische Kommunikation» tätig. (Serviceclubs, Fachhochschulen, usw.)

Für die Eidgenössischen Wahlen vom Oktober 2015 wurden bereits erste Vorbereitungsarbeiten an die Hand genommen. (Reservationen Rythalle für das Medienzentrum, Personalplanungen, etc.)

Da der Medienbeauftragte Ende November 2015 in den Ruhestand tritt, wurden auch Vorarbeiten für eine reibungslose Stabsübergabe begonnen. In erster Linie ging es darum Arbeitsabläufe und Prozesse detailliert festzuhalten damit die Übergabe sauber und korrekt erfolgen kann.



5. Nordwestschweizer Regierungskonferenz

Die Nordwestschweizer Regierungskonferenz (NWRK) versammelte sich am 6. Juni 2014 in Pruntrut, Kanton Jura zu ihrer 69. Plenarversammlung. Sie befasste sich schwerpunktmässig mit der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative sowie mit der Frage, wann und wie sich Kantonsregierungen bei eidgenössischen Volksabstimmungen engagieren sollen. Zur Umsetzung und den Konsequenzen der Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung» sprachen die Solothurner Regierungsrätin Esther Gassler, Henri Gétaz, Direktor der Direktion für europäische Angelegenheiten, und Kurt Rohner, Vizedirektor des Bundesamts für Migration.

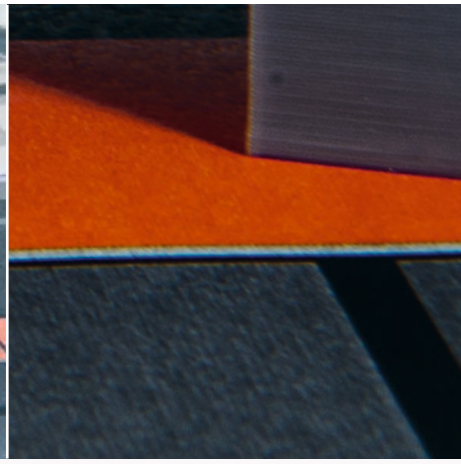
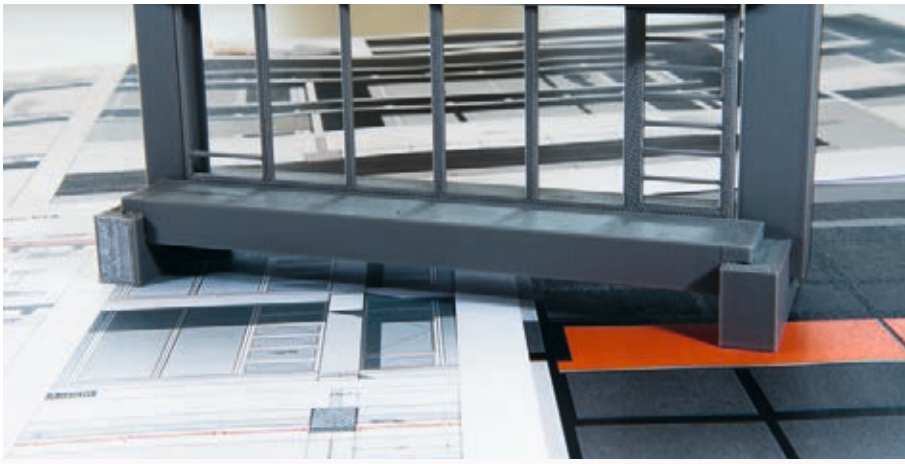
Der Arbeitsausschuss traf sich zu vier Sitzungen.

6. Pflege und Förderung der Unternehmenskultur

Im Berichtsjahr erfolgten Aktivitäten ausschliesslich auf departementaler Ebene, bzw. auf Amtsstufe.

7. Tätigkeitsbericht der kantonalen Beauftragten für Information und Datenschutz

Der Tätigkeitsbericht der kantonalen Beauftragten für Information und Datenschutz wird dem Kantonsrat zur Kenntnis gebracht (§32 Abs. 1 lit. f des Informations- und Datenschutzgesetzes).



8. Politische Rechte

8.1. Volkswahlen im 2014

9. Februar Ersatzwahl eines Amtsgerichtspräsidenten der Amtei Solothurn-Lebern für den Rest der Amtsperiode 2013 – 2017

8.2. Volksinitiativen

keine

8.3. Standesinitiativen

Keine

8.4. Referenden

28. Februar: Änderung vom 2. Februar 2012 des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen (angenommen in der Volksabstimmung vom 18. Mai 2014)

28. Februar: Totalrevision des Gesetzes über die öffentlichen Ruhetage (angenommen in der Volksabstimmung vom 18. Mai 2014)

2. September: Gesetz über den Finanz- und Lastenausgleich der Einwohnergemeinden und Steuerungsgrössen im direkten Finanzausgleich (angenommen in der Volksabstimmung vom 30. November 2014)

12. Dezember: Änderung des Sozialgesetzes; Senkung der Prämienverbilligung in der Krankenversicherung (wird am 8. März 2015 dem Volk unterbreitet)

8.5. Volksaufträge

23. Juni: VA «Trennung des Sportes vom Amt Kultur und Bildung als selbstständiges Amt»

19. September: VA «Für den vollständigen Erhalt der Witschutzzone»

30. Oktober: VA «Für die Volkswahl der Obergerichter und Obergerichterinnen»

8.6. Petitionen

keine

8.7. Volksabstimmungen
Eidgenössische Abstimmungen 2014

2014	Titel	Stimmbeteiligung %	Ja	Nein
9. Februar	Bundesbeschluss vom 20. Juni 2013 über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahn-Infrastruktur (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Für den öffentlichen Verkehr»)	55,4	51'440	44'821
	Volksinitiative vom 4. Juli 2011 «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache – Entlastung der Krankenversicherung durch Streichung der Kosten des Schwangerschaftsabbruchs aus der obligatorischen Grundversicherung»	55,6	33'534	63'126
	Volksinitiative vom 14. Februar 2012 «Gegen Masseneinwanderung»	55,6	52'934	44'030
18. Mai	Bundesbeschluss vom 19. September 2013 über die medizinische Grundversorgung (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin»)	53,6	81'514	10'886
	Volksinitiative vom 20. April 2011 «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen»	53,8	60'675	32'425
	Volksinitiative vom 23. Januar 2012 «Für den Schutz fairer Löhne (Mindestlohn-Initiative)»	53,9	20'953	73'202
	Bundesgesetz vom 27. September 2013 über den Fonds zur Beschaffung des Kampfflugzeugs Gripen (Gripen-Fonds-Gesetz)	53,8	47'128	46'619
28. September	Volksinitiative vom 21. September 2011 «Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes!»	42,5	22'862	51'311
	Volksinitiative vom 23. Mai 2012 «Für eine öffentliche Krankenkasse»	42,6	28'604	46'283
30. November	Volksinitiative vom 19. Oktober 2012 «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre (Abschaffung der Pauschalbesteuerung)»	47,0	37'978	44'291
	Volksinitiative vom 2. November 2012 «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen»	47,0	25'096	57'331
	Volksinitiative vom 20. März 2013 «Rettet unser Schweizer Gold (Gold-Initiative)»	46,9	19'289	62'532



Kantonale Abstimmungen 2014

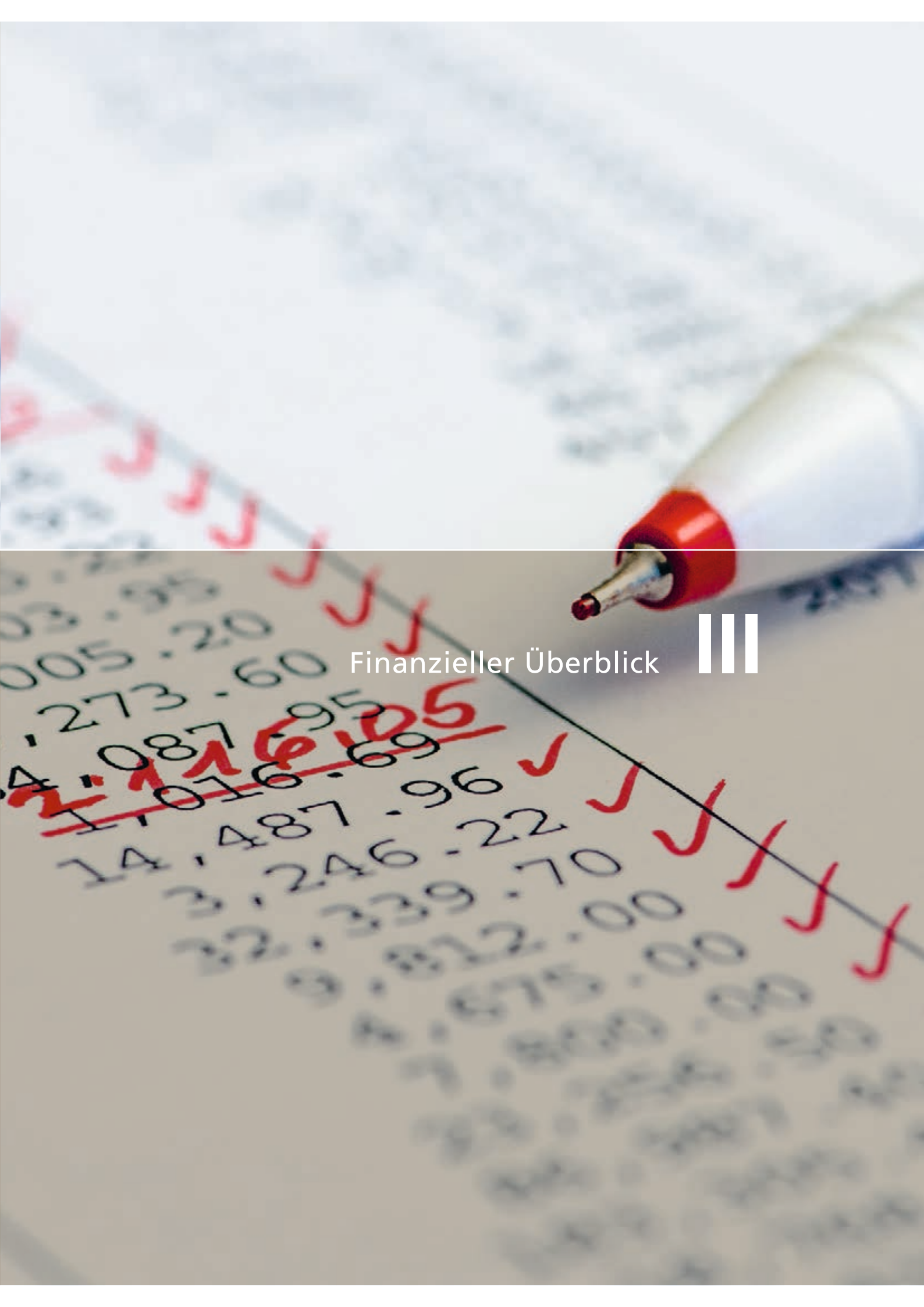
2014	Titel	Stimmbeteiligung %	Ja	Nein
9. Februar	Volksinitiative «Weniger Steuern für alle»	54,1	35'132	58'296
18. Mai	Änderung der Kantonsverfassung: Erneuerbare Energien in die kantonale Verfassung	51,9	51'434	36'986
	Totalrevision des Gesetzes über die öffentlichen Ruhetage	52,1	49'458	40'111
	Änderung des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen	52,1	77'297	12'355
28. September	Gesetz über die Pensionskasse Kanton Solothurn	40,4		
	Verwerfung Variante 1		18'703	46'822
	Annahme Variante 2		39'364	27'302
	Stichfrage Variante 1		16'162 Stimmen	
	Stichfrage Variante 2		39'981 Stimmen	
30. November	Gesetz über den Finanz- und Lastenausgleich der Einwohnergemeinden (Finanz- und Lastenausgleichsgesetz, FILAG EG)	44,4	51'121	24'640
	Steuergrössen im direkten Finanzausgleich	44,4	49'676	25'469
	Teilrevision des Energiegesetzes	44,5	39'277	36'767

8.8. Kantonale Vernehmlassungen 2014

Im Berichtsjahr wurden im Kanton 5 Vernehmlassungsverfahren eröffnet (im Vorjahr 6).

Titel	Departement/Amt
Anpassungen bei der Gerichtsorganisation und im Verfahrensrecht	Staatskanzlei Legistik und Justiz
Projekt HRM2	Volkswirtschaftsdepartement Amt für Gemeinden
Teilrevision des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern	Finanzdepartement Kantonales Steueramt
Anpassungen im Beurkundungsrecht	Staatskanzlei Legistik und Justiz
Gesetz über den Ausgleich raumplanungsbedingter Vor- und Nachteile (Planungsausgleichsgesetz, PAG)	Bau- und Justizdepartement Rechtsdienst





Finanzieller Überblick



1.

Das Rechnungsergebnis in Kürze

Zum dritten Mal nach 2012 wird das neue «Harmonisierte Rechnungslegungsmodell 2 für Kantone und Gemeinden (HRM2)» für den Rechnungsabschluss des Kantons angewendet.

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	RE 13	VA 14	RE 14
Betrieblicher Aufwand	1'922,9	1'979,6	1'964,8
Betrieblicher Ertrag	-1'822,8	-1'840,3	-1'839,0
Betriebsergebnis (Aufwandüberschuss)	100,1	139,3	125,8
Finanzaufwand ¹	14,7	21,6	19,2
Finanzertrag ²	-46,0	-48,5	-49,6
Operatives Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	68,8	112,4	95,3
Wertberichtigung Finanzvermögen ³	10,4	-	39,6
Rückstellung PKSO-Deckungslücke ⁴	42,2	-	-
Operatives Ergebnis (Aufwandüberschuss)	121,3	112,4	134,9
a.o. Aufwand/Ertrag	-	-	-
Gesamtergebnis (Aufwandüberschuss)	121,3	112,4	134,9

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)			
Ausgaben	173,3	182,3	129,1
Einnahmen	-64,2	-52,1	-41,7
Nettoinvestitionen	109,1	130,2	87,4

Finanzierung (in Mio. Franken)			
Finanzierungsergebnis (Finanzierungsfehlbetrag)	-161,0	-170,6	-152,1
Selbstfinanzierungsgrad	-48%	-31%	-74%

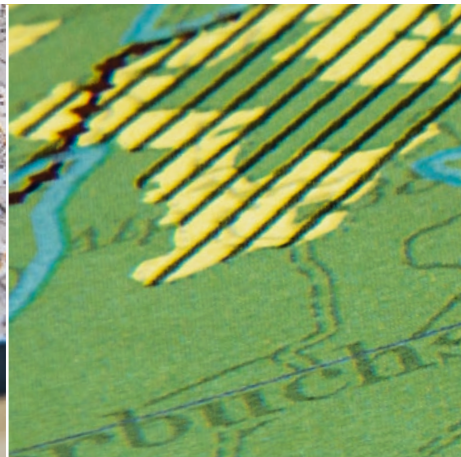
1 Zinsaufwände, Kapitalbeschaffungs- und Verwaltungskosten

2 Zinserträge, Buchgewinne, Dividenden, Mieterträge

3 Abwertung der Alpiq-Aktien per 31.12.2013 und 31.12.2014 infolge der Kursverluste in den Jahren 2013 und 2014

4 Da im Gesetz über die Pensionskasse Kanton Solothurn die rückwirkende Ausfinanzierung per 1.1.2012 in den Übergangsbestimmungen explizit erwähnt sein wird, wurde die Rückstellung wieder auf den Stand per 1.1.2012 gesetzt. Die Reduktion der Rückstellung für die Deckungslücke per 31.12.2012 von 42,2 Mio. Franken wurde per 31.12.2013 wieder rückgängig gemacht.

Mit einem Aufwandüberschuss von 134,9 Mio. Franken muss auch 2014 wieder ein Defizit ausgewiesen werden. Das Gesamtergebnis der Erfolgsrechnung ist um 22,5 Mio. Franken schlechter ausgefallen als budgetiert, das operative Ergebnis aus der Verwaltungstätigkeit jedoch um 17,1 Mio. Franken besser. Gegenüber dem Vorjahr verschlechterte sich das Ergebnis der Erfolgsrechnung um 13,5 Mio. Franken, das operative Ergebnis aus der Verwaltungstätigkeit sogar um 26,5 Mio. Franken.



1.1 Die grössten Abweichungen zwischen Voranschlag und Rechnung 2014

Die grössten Abweichungen von mehr als 2 Mio. Franken zwischen dem Voranschlag und der Rechnung 2014 sind aus der nachfolgenden Zusammenstellung ersichtlich:

1.1.1 Erfolgsrechnung

Mehrertrag (Ergebnisverbesserung)	in Mio. Franken
Verkehrsbussen	2,3
Wasserwirtschaft	2,2
Vermögenserträge	2,2
	6,7

Minderaufwand (Ergebnisverbesserung)	in Mio. Franken
Globalbudgets gesamthaft (Kap. 1.5)	25,8
Volkschule	5,9
Strassenbau	2,6
Informationstechnologie	2,2

Total ergebnisverbessernde Abweichungen der 4 Positionen: 32,5

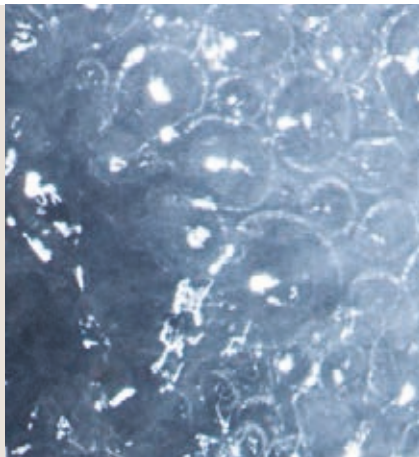
Minderertrag (Ergebnisverschlechterung)	in Mio. Franken
Bundesanteile (insb. Reingewinn SNB, 21,4 Direkte Bundessteuern 4,4)	24,1

Mehraufwand (Ergebnisverschlechterung)	in Mio. Franken
Taggelder Straf-/Massnahmenvollzug	3,1

Sonderfaktoren (Ergebnisverschlechterung):	in Mio. Franken
Wertberichtigungen Alpiq-Aktien (Abwertung)	39,6

Total ergebnisverschlechternde Abweichungen der 3 Positionen: 66,8

Die oben aufgeführten 7 Positionen verursachten eine Verschlechterung des Gesamtergebnisses von 34,3 Mio. Franken gegenüber dem Voranschlag (Differenz VA/RE14: 22,5 Mio. Franken).



1.1.2 Investitionsrechnung

Tiefere Nettoinvestitionen:	in Mio. Franken
Kantonsstrassenbau	21,9
Bildungsbauten	14,3
Spitalbauten	3,5
Total ergebnisverbessernde Abweichungen der 3 Positionen	39,7

Höhere Nettoinvestitionen:	in Mio. Franken
Amt für Wirtschaft und Arbeit (NRP-Darlehen)	2,1
Total ergebnisverschlechternde Abweichung	2,1

Die oben aufgeführten 4 Positionen (-37,6 Mio. Franken) vermögen 88 Prozent der Reduktion der Nettoinvestitionen von 42,8 Mio. Franken gegenüber dem Voranschlag zu erklären.

1.2 Die grössten Abweichungen zwischen Rechnung 2013 und Rechnung 2014

Die grössten Abweichungen von mehr als 2 Mio. Franken zwischen der Rechnung 2013 und der Rechnung 2014 sind aus der nachfolgenden Zusammenstellung ersichtlich:

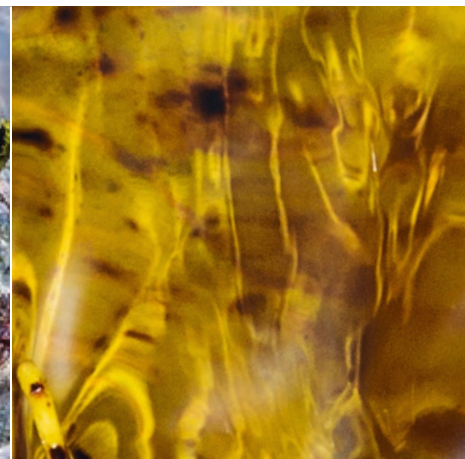
1.2.1 Erfolgsrechnung

Mehrertrag (Ergebnisverbesserung):	in Mio. Franken
Kantonale Steuern (Staatssteuern +29.9 / Nebensteuern -2.9)	26,9
Verkehrsbussen	2,1
	29,0

Minderaufwand (Ergebnisverbesserung):	in Mio. Franken
Sonderschulen (Aufwand neu im Globalbudget + Finanzgrössen der Volksschule)	14,7

Sonderfaktor (Ergebnisverbesserung):	in Mio. Franken
Rückstellung Deckungslücke PKSO (2013)	42,2
Total ergebnisverbessernde Abweichungen der 4 Positionen	85,9

Minderertrag (Ergebnisverschlechterung)	in Mio. Franken
Bundesanteile (insb. Reingewinn SNB, 21,6 Direkte Bundessteuern 4,0)	24,8



Mehraufwand (Ergebnisverschlechterung)	in Mio. Franken
Globalbudgets gesamthaft (Kap. 1.5)	18,6
Volksschule	8,7
Öffentlicher Verkehr	4,2
Fachhochschulbildung	3,1
Mittelschulbildung	2,7
Berufsschulbildung	2,1
soH	-3,3
Justizvollzug	-3,2
Taggelder Straf-/Massnahmenvollzug	6,2
Zinsendienst	5,8
Ergänzungsleistungen AHV	4,9
Ergänzungsleistungen IV	3,6
Volksschule	3,5
Schulgelder	2,5
	45,1

Sonderfaktor (Ergebnisverschlechterung):	in Mio. Franken
Wertberichtigungen Alpiq-Aktien	29,2
Total ergebnisverschlechternde Abweichungen der 9 Positionen	99,1

Die oben aufgeführten 13 Positionen (13,2 Mio. Franken) vermögen 98 Prozent der Verschlechterung des Gesamtergebnisses gegenüber der Rechnung 2013 (Differenz RE13/14: 13,5 Mio. Franken) zu erklären.

1.2.2 Investitionsrechnung

Tiefere Nettoinvestitionen	in Mio. Franken
Bildungs-/Allgemeine Bauten	20,0
Öffentlicher Verkehr	7,6
Kantonsstrassenbau	5,8
Total ergebnisverbessernde Abweichungen der 3 Positionen	33,4

Höhere Nettoinvestitionen	in Mio. Franken
Spitalbauten	5,7
Amt für Wirtschaft und Arbeit (NRP-Darlehen)	3,0
MFK-Hochbauten	2,1
Total ergebnisverschlechternde Abweichungen der 3 Positionen	10,8

Die oben aufgeführten 6 Positionen (-22,6 Mio. Franken) erklären die tieferen Nettoinvestitionen 2014 von 21,7 Mio. Franken gegenüber der Rechnung 2013.

1.3 Finanzkennzahlen 2010 – 2014

Die nachfolgenden Kennzahlen zeigen die Entwicklung der kantonalen Finanzlage anhand der Staatsrechnungen 2010 bis 2014.

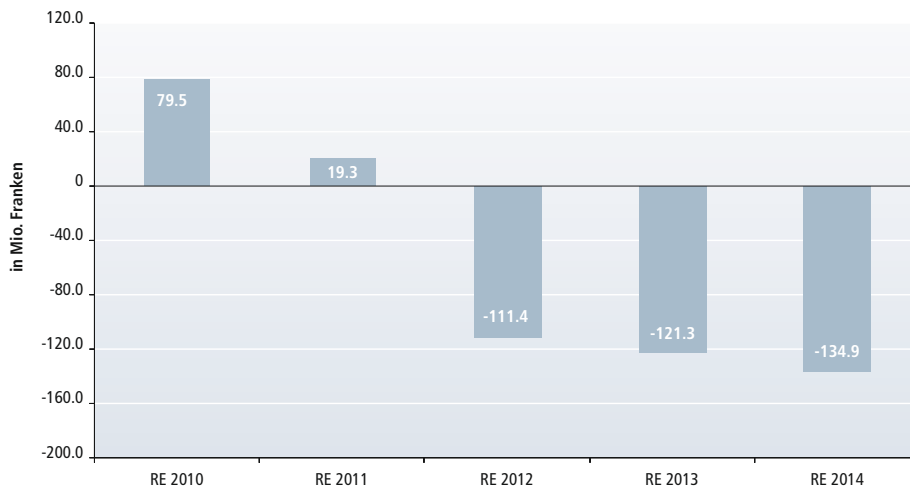
Kennzahlen (in Mio. Franken bzw. %)	2010	2011	2012	2013	2014
Cash Flow	168,7	114,6	-49,7	-51,9	-64,7
– Abschreibungen*	-89,2	-95,3	-61,7	-69,4	-70,2
Operatives Ergebnis ER	+79,5	+19,3	-111,4	-121,3	-134,9
+ a.o. Erträge/Aufwände					
Gesamtergebnis	+79,5	+19,3	-111,4	-121,3	-134,9
Nettoinvestitionen	111,4	133,6	122,8	109,1	87,4
Finanzierungsergebnis	+57,2	-19,0	-172,6	-161,0	-152,1
Selbstfinanzierungsgrad	151%	86%	-41%	-48%	-74%
Gesamtabschreibungssatz*	21,6%	20,8%	4,4%	4,8%	4,7%
Nettoverschuldung	-42,7	-23,8	456,2	617,1	769,1
Dito, in Franken pro Einwohner	-170	-90	1'760	2'350	2'900
Nettozinsaufwand total	-7,6	-11,4	1,9	1,8	3,4
Dito, in % der Staatssteuern	-1,0%	-1,5%	0,3%	0,2%	0,4%
Frei verfügbares Eigenkapital	552,3	571,6	414,8	263,3	91,5
EinwohnerInnen per Ende Jahr	256'888	257'393	259'836	262'965	265'147

* Abschreibungen nach Nutzungsdauer seit 2012 aufgrund HRM2

Der operative Cash Loss (Bruttoaufwandüberschuss) liegt mit 64,7 Mio. Franken um 12,8 Mio. Franken über dem entsprechenden Wert des Vorjahres (2013: 51,9 Mio. Franken). Ein Cash Loss bedeutet, dass die laufenden Ausgaben nicht vollständig aus den Erträgen finanziert werden können. Der Anstieg der Nettoverschuldung ab 2012 ist insbesondere auf die Passivierung des Anteils des Kantons (Verwaltung und kantonale Schulen) an der Deckungslücke der Pensionskasse (PKSO) zurückzuführen (Stand 31.12.2014: 487,0 Mio. Franken).

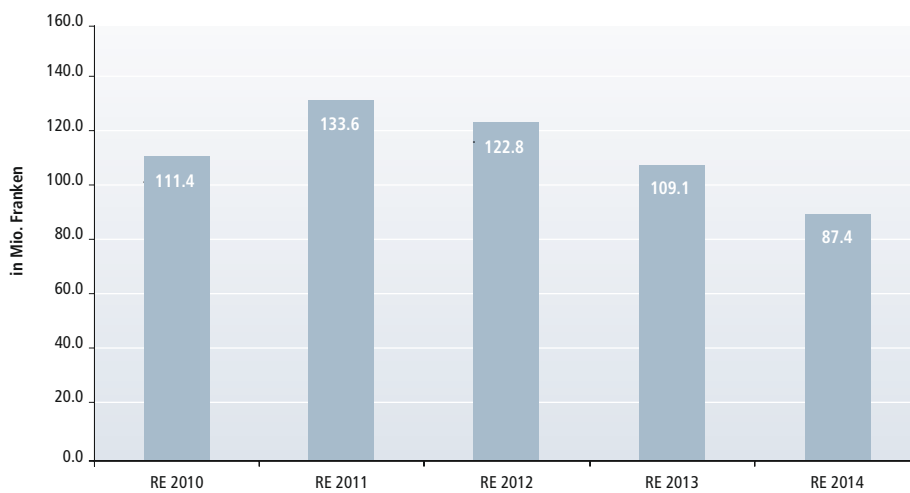


Gesamtergebnis Erfolgsrechnung in Mio. Franken (bis 2011 noch HRM1, ab 2012 HRM2)



Die Rechnung 2014 schliesst wie in den Vorjahren mit einem Aufwandüberschuss von 134,9 Mio. Franken ab. Davon sind 39,6 Mio. Franken auf die notwendige Wertberichtigung der Alpiq-Aktien zurückzuführen.

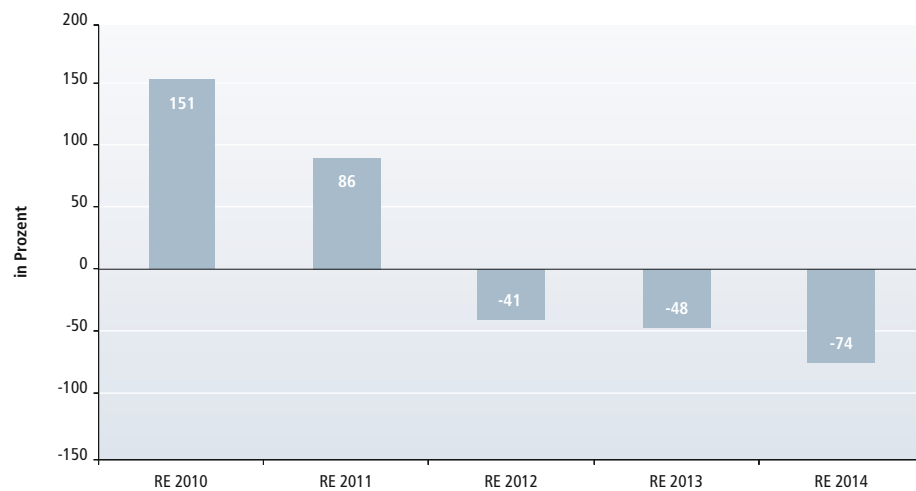
Nettoinvestitionen in Mio. Franken



Die Nettoinvestitionen von 87,4 Mio. Franken liegen deutlich unter dem Investitionsniveau der Vorjahre.

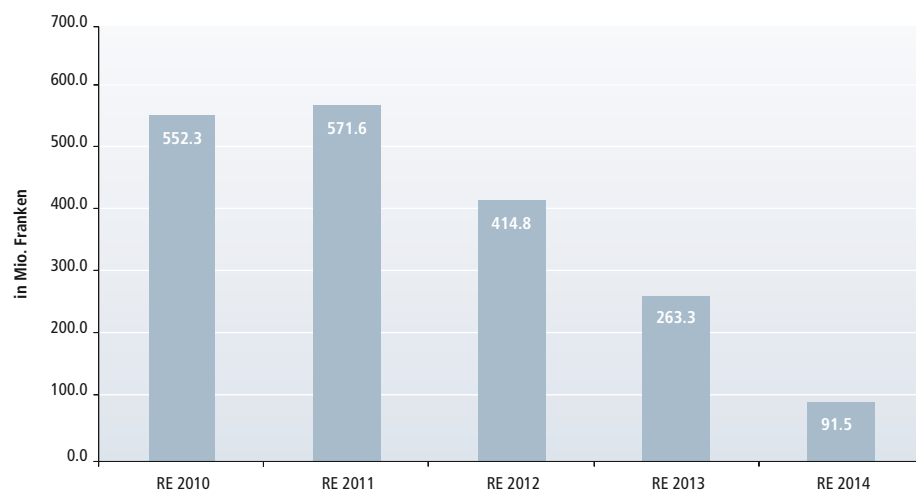


Operativer Selbstfinanzierungsgrad in Prozent



Der Selbstfinanzierungsgrad reduziert sich von -48 Prozent im Vorjahr auf -74 Prozent. Ein negativer Selbstfinanzierungsgrad bedeutet, dass nicht einmal die laufenden Konsumausgaben vollständig aus den Erträgen finanziert werden können. Der Selbstfinanzierungsgrad von -74 Prozent führt zu einer weiteren Erhöhung der Nettoverschuldung.

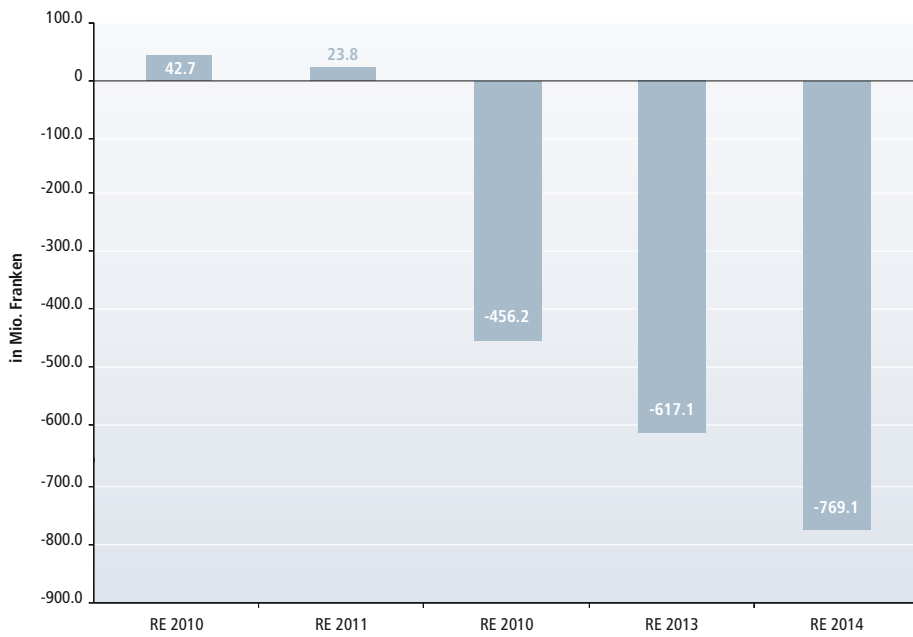
Frei verfügbares Eigenkapital in Mio. Franken (bis 2011 noch HRM1, ab 2012 HRM2)



Mit den Spezialfinanzierungen im Eigenkapital beträgt das Eigenkapital gesamthaft 687,8 Mio. Franken. Für die Schuldenbremse ist jedoch das frei verfügbare Eigenkapital massgebend.



Nettoverschuldung in Mio. Franken (bis 2011 noch HRM1, ab 2012 HRM2)



Der Anstieg der Nettoverschuldung ab 2012 ist insbesondere auf die Passivierung des Anteils des Kantons (Verwaltung und kantonale Schulen) an der Deckungslücke der Pensionskasse (PKSO) zurückzuführen (Stand 31.12.2014: 487,0 Mio. Franken).



1.4 Ergebnis nach Behörden und Departementen

1.4.1 Erfolgsrechnung

Behörden

In Mio. Franken	RE13	VA14	RE14	Diff. 14
Aufwand	9,2	5,9	6,2	0,3
Ertrag	-4,3	-0,3	-0,6	-0,3
Verrechnungen	-1,0	-1,7	-1,7	0
Saldo	3,9	3,9	3,9	0

Budgetabweichungen beim Aufwand und Ertrag sind als Folge der Regierungsratswahlen 2013 hauptsächlich bei der Beruflichen Vorsorge Regierungsrat entstanden.

Staatskanzlei

In Mio. Franken	RE13	VA14	RE14	Diff. 14
Aufwand	12,8	13,1	12,5	-0,6
Ertrag	-3,2	-2,9	-2,9	0
Verrechnungen	-6,5	-6,7	-6,7	0
Saldo	3,0	3,4	2,8	-0,6

Temporäre Personalvakanz, tiefere Ausgaben für Drucksacheneinkäufe sowie geringere Investitionen in neue Lehrmittel führten zu einer Saldoverbesserung von 0,6 Mio. Franken gegenüber dem Budget.



Bau- und Justizdepartement

In Mio. Franken	RE13	VA14	RE14	Diff. 14
Aufwand	248,8	259,8	250,2	-9,6
Ertrag	-178,8	-178,4	-181,4	-3,0
Verrechnungen	-40,1	-40,5	-41,9	-1,4
Saldo	29,9	40,8	26,8	-14,0

Die Hauptgründe für den Minderaufwand aus den Globalbudgets (-6,5 Mio. Franken) liegen beim Personalaufwand (-2,4 Mio. Franken), den geringeren Beiträgen an öffentliche Unternehmungen (-1,8 Mio. Franken, insbesondere ÖV) sowie jeweils rund 0,6 Mio. Franken Minderaufwand beim Strassenunterhalt, bei den Mieten, Pachten, Nebenkosten von Räumlichkeiten und den Aufträgen an Dritte für Dienstleistungen, Honorare, Projektierungen und Gutachten. Die Vollzugskosten der Jugend- und Staatsanwaltschaft blieben um 0,5 Mio. Franken unter dem Voranschlag. Bei den Spezialfinanzierungen und Finanzgrössen resultierten Minderaufwendungen von total 3,1 Mio. Franken. Relativ geringe Mehraufwendungen auf verschiedenen Positionen (+0,5 Mio. Franken) wurden mehr als wettgemacht durch die tieferen Abschreibungen auf den verzögert aktivierten Hoch-, Tief- und Wasserbauten (-1,6 Mio. Franken), der geringeren Verzinsung einzelner Spezialfinanzierungen (-1,2 Mio. Franken) und der weniger auszurichtenden Beiträge an Gemeinden, Zweckverbände, öffentliche und private Unternehmen (-0,8 Mio. Franken).

Bei den Globalbudgets heben sich Mehr- und Mindererträge praktisch auf (Abweichung zum Voranschlag -0,1 Prozent). Der ausgewiesene Mehrertrag von 3 Mio. Franken bei den Spezialfinanzierungen und Finanzgrössen entstand durch Mehreinnahmen aus den Motorfahrzeugsteuern (+1,6 Mio. Franken), durch verschiedene Bundesbeiträge (+0,9 Mio. Franken insbesondere an die Untersuchungen der Stadtmistdeponien Solothurn), den Konzessionen der Wassernutzung (+0,7 Mio. Franken), sowie den Bussen und Geldstrafen (+0,4 Mio. Franken). Diese und weitere, kleinere Mehrerträge übertreffen die gegenüber dem Voranschlag resultierenden Mindererträge wegen des nicht verkauften Bootshafens Solothurn (Massnahmenplan 2013) und der geringeren Mieterträge (-0,5 Mio. Franken) deutlich.



Departement für Bildung und Kultur

In Mio. Franken	RE13	VA14	RE14	Diff. 14
Aufwand	454,5	477,4	466,7	-10,7
Ertrag	-54,3	-58,9	-59,3	-0,4
Verrechnungen	28,0	30,3	30,2	-0,1
Saldo	428,3	448,9	437,7	-11,2

Die Rechnung des Departementes für Bildung und Kultur schliesst bei einem Gesamtbudget von 448,9 Mio. Franken 11,2 Mio. Franken oder 2,5 Prozent unter dem Budget ab. Der Aufwand liegt 10,7 Mio. Franken oder 2,3 Prozent unter dem Budget. Davon entfallen 7,8 Mio. Franken auf den Bereich Volksschule (Löhne Logopädie werden ab 1.8.2014 durch die Gemeinden bezahlt, Minderaufwendungen bei den ab 1.1.2014 kantonalisierten Sonderschulen, tiefere Beiträge an Gemeinden für Lehrerbesoldungen). Die Mittel- und Berufsschulen liegen 2,8 Mio. Franken unter dem Budget (hauptsächlich Besoldungen). Der Ertrag liegt 0,4 Mio. Franken oder 0,7 Prozent über dem Budget.

Gegenüber der Rechnung 2013 ist der Aufwand um 12,2 Mio. Franken (+2,7 Prozent) und der Ertrag um 5 Mio. Franken (+9 Prozent) höher ausgefallen. Das ist hauptsächlich die Folge der Kantonalisierung der fünf heilpädagogischen Sonderschulen (HPS) auf den 1.1.2014.



Finanzdepartement

In Mio. Franken	RE13	VA14	RE14	Diff. 14
Aufwand	174,4	132,4	168,0	35,6
Ertrag	-1'214,2	-1'238,0	-1'217,7	20,3
Verrechnungen	21,4	18,6	21,2	2,6
Saldo	-1'018,4	-1'087,0	-1'028,5	58,5

Die grössten Veränderungen beim Ertrag gegenüber dem Voranschlag ergaben sich hauptsächlich durch Mindererträge bei der Ausschüttung der Nationalbank von 21,4 Mio. Franken, bei den Staatssteuern von 6,3 Mio. Franken, bei der Direkten Bundessteuer von 4,4 Mio. Franken und bei der Handänderungssteuer von 4,3 Mio. Franken. Demgegenüber konnten Mehrerträge beim Bundesanteil Verrechnungssteuer von 2,1 Mio. Franken, bei der Quellensteuer von 2,3 Mio. Franken, bei der Erbschaftssteuer von 3,1 Mio. Franken und bei der Schenkungssteuer von 2,3 Mio. Franken erzielt werden.

Die grösste Abweichung zum Voranschlag beim Aufwand stellt die Wertberichtigung auf den Alpiq-Aktien von 39,6 Mio. Franken dar. Im Weiteren schlossen die Globalbudgets des Finanzdepartements insgesamt um 3,3 Mio. Franken besser ab als geplant.

Im Vergleich zur Vorjahresrechnung 2013 sind vor allem Mehreinnahmen beim Ertrag der Staatssteuern (+25,3 Mio. Franken) zu verzeichnen. Mindereinnahmen gab es bei der Ausschüttung der Nationalbank (-21,6 Mio. Franken) und bei der Direkten Bundessteuer (-4,0 Mio. Franken). Im 2013 wurde zudem ein ausserordentlicher Aufwand für die Bildung einer Rückstellung betreffend der Deckungslücke bei der Pensionskasse (+42,2 Mio. Franken) verbucht.

Departement des Innern

In Mio. Franken	RE13	VA14	RE14	Diff. 14
Aufwand	869,0	884,5	907,4	22,9
Ertrag	-273,5	-271,4	-297,7	-26,3
Verrechnungen	-0,6	0,6	0,6	0
Saldo	594,9	613,7	610,3	-3,4

Die Rechnung 2014 liegt um 3,4 Mio. Franken unter dem Budget. Hauptgründe sind Mehrerträge bei den Verkehrsbussen (+2,3 Mio. Franken) und bei den Schweizer Ausweisschriften (+0,9 Mio. Franken).

Die Rechnung 2014 schliesst um 15,4 Mio. Franken über dem Vorjahr ab. Die Kosten der sozialen Sicherheit stiegen um 12,6 Mio. Franken (Ergänzungsleistungen AHV/IV/Familien +9,3 Mio. Franken, IPV +1,4 Mio. Franken, Behinderung +1,0 Mio. Franken). Der Bereich öffentliche Sicherheit nahm um 1,2 Mio. Franken zu (v.a. Kostgelder Straf- und Massnahmenvollzug +2,8 Mio. Franken und Busseneinnahmen -2,1 Mio. Franken). Der Bereich Gesundheit blieb gegenüber dem Vorjahr praktisch konstant (+0,2 Mio. Franken).



Volkswirtschaftsdepartement

In Mio. Franken	RE13	VA14	RE14	Diff. 14
Aufwand	198,0	204,2	198,4	-5,8
Ertrag	-134,8	-133,6	-133,8	-0,2
Verrechnungen	-3,8	3,7	4,4	-0,7
Saldo	59,4	66,9	60,1	-6,8

Der Leistungsumfang der Ämter wird weitgehend durch den Bund bestimmt und grösstenteils auch finanziert. Das bessere Ergebnis der Erfolgsrechnung gegenüber dem Budget von 6,8 Mio. Franken ergibt sich aufgrund der besseren Ergebnisse sämtlicher Globalbudgets und Finanzgrössen.

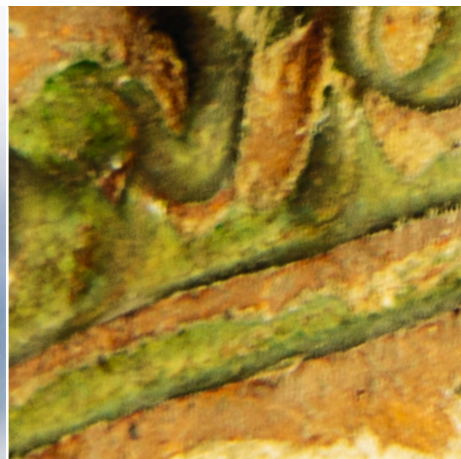
Die Berufliche Vorsorge und Stiftungsaufsicht schliesst 0,5 Mio. Franken besser ab als budgetiert und erzielte einen einmaligen Ertragsüberschuss von 0,2 Mio. Franken. Der Kantonsbeitrag an den Vollzug der Arbeitslosenversicherung (AVIG-Beitrag) fällt für 2014 1,1 Mio. Franken tiefer aus als geplant. Das Globalbudget Energiefachstelle schliesst um 1,5 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Dies, weil weniger Gesuche eingegangen sind und die Rückstellung für hängige Gesuche gesenkt werden konnte. Die Beiträge an Infrastrukturprojekte (v.a. Meliorationen) in der Landwirtschaft waren geringer als vorgesehen.

Grössere Differenzen ergaben sich bei den für das Volkswirtschaftsdepartement saldoneutralen Durchlaufposten bei den Direktzahlungen in der Landwirtschaft (-4,8 Mio. Franken), in der Energiefachstelle (Gebäudeprogramm Teil A, +3,0 Mio. Franken) sowie beim Amt für Militär und Bevölkerungsschutz bei den Bundesbeiträgen für Sirenen und Schutzraumbauten (+0,8 Mio. Franken) und bei den Ersatzbeiträgen für die Befreiung von der Schutzraumpflicht (+1,8 Mio. Franken).

Gerichte

In Mio. Franken	RE13	VA14	RE14	Diff. 14
Aufwand	23,4	23,8	24,0	0,2
Ertrag	-5,7	-5,3	-5,0	0,3
Verrechnungen	2,7	3,1	2,7	-0,4
Saldo	20,3	21,6	21,7	0,1

Diverse Unter- bzw. Überschreitungen der Voranschlagspositionen hielten sich in etwa die Waage: Personalkosten (Nichtausschöpfung Ersatzrichter- und Aushilfskredit), geringfügig höhere Abschreibungen, minime Unterschreitung der budgetierten Erträge, Überschreitung der (nicht planbaren) Honorare für amtliche Strafverteidigungen.



1.4.2 Investitionsrechnung

Bau- und Justizdepartement

In Mio. Franken	RE13	VA14	RE14	Diff. 14
Ausgaben	157,0	161,1	111,7	- 49,4
Einnahmen	-58,2	-46,4	-38,3	8,1
Nettoinvestitionen	98,8	114,7	73,4	-41,3

Im Hochbau führten terminliche Verzögerungen bei den Grossprojekten Sanierung Kantonschule Olten, Neubau Berufsbildungszentrum Solothurn, Neubau Bürgerspital Solothurn und Umbau Museum Altes Zeughaus zu 8,5 Mio. Franken Minderausgaben. Bei den Kleinprojekten verzögerten vor allem durch Dritte verursachte Bedürfnisüberprüfungen Leistungen und Ausgaben von 5,5 Mio. Franken. Der planbare Unterhalt konnte um 0,6 Mio. Franken günstiger als im Voranschlag vorgesehen ausgeführt werden. Beim Tiefbau führten verschiedene Gründe dazu, dass die Grossprojekte 17,4 Mio. Franken und Kleinprojekte 9 Mio. Franken unter dem Voranschlag liegen (neue Baugrunderkenntnisse Passwangstrasse Mümliswil-Ramiswil; Verzögerung Plangenehmigungsverfahren Wilihofbrücke, Riedholz; Verzögerung ökologische Ausgleichsmassnahmen Entlastung Region Olten; geologische Probleme Gesamtsanierung Saalstrasse, Kienberg). Vergaben, die günstiger als geplant ausfielen, ergaben weitere Einsparungen im Tiefbau. Die beschränkten eigenen Ressourcen, der Fachkräftemangel bei den Ingenieurbüros und der zunehmende Koordinationsbedarf führen zu einem geringeren Umsetzungsvolumen. Die Hauptgründe für die Minderausgaben im Wasserbau (-4,3 Mio. Franken) sind das erst nach der Erledigung von Beschwerden mit Verzögerung begonnene Hochwasserschutz- und Revitalisierungsprojekt an der Aare sowie die beiden vorerst zurückgestellten Projekte Sanierung Inkwilensee und Dünnern in Olten (inzwischen begonnen).

Die Einnahmen liegen mit 8,1 Mio. Franken im Vergleich mit den Ausgaben nicht im gleichen Verhältnis unter dem Voranschlag 2014. Bei einzelnen grossen Bauprojekten konnten mit der Schlussabrechnung höhere als die budgetierten Einnahmen aus Bundesbeiträgen verbucht werden (Fachhochschule Olten und Entlastung Region Olten ERO). Im Wasserbau waren aufgrund von Teilaktivierungen die Abgrenzungen zu korrigieren.



Departement für Bildung und Kultur

In Mio. Franken	RE13	VA14	RE14	Diff. 14
Ausgaben	3,2	2,5	2,4	-0,1
Einnahmen	-2,8	-2,0	-1,9	0,1
Nettoinvestitionen	0,4	0,5	0,5	0

Die Abweichung zwischen Voranschlag und Rechnung bei den Ausgaben und Einnahmen ist hauptsächlich auf die Investitionsbeiträge an Ausbildungszentren für überbetriebliche Kurse zurückzuführen. Von den Organisationen der Arbeitswelt wurden rund 0,1 Mio. Franken weniger Investitionsbeiträge beantragt als bei der Budgetierung angenommen. Die Beiträge sind vollständig über die Bundesbeiträge finanziert. Nach dem Bruttoprinzip wird die Auszahlung über Ausgaben und die Entlastung durch die Bundesbeiträge über Einnahmen verbucht.

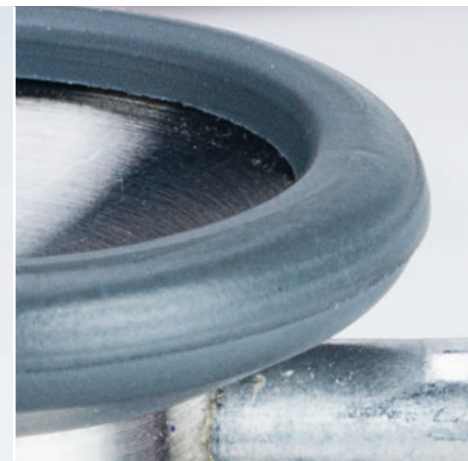
Der Rückgang bei den Ausgaben und Einnahmen gegenüber der Rechnung 2013 ist ebenfalls hauptsächlich auf die Investitionsbeiträge an Ausbildungszentren für überbetriebliche Kurse zurückzuführen. Im 2014 wurden 1,0 Mio. Franken weniger Kantonsbeiträge beantragt.

Finanzdepartement

In Mio. Franken	RE13	VA14	RE14	Diff. 14
Ausgaben	4,6	7,4	5,7	-1,7
Einnahmen	* -1,0	0	0	0
Nettoinvestitionen	3,6	7,4	5,7	-1,7

* Aktienkapitalrückzahlung der NSNW AG an den Kanton Solothurn

Die im Berichtsjahr tieferen Investitionsausgaben gegenüber dem Voranschlag entstanden durch Verschiebungen einzelner Investitionsprojekte ins Folgejahr. Demgegenüber sind Investitionsausgaben, welche im 2013 geplant waren, nun im 2014 angefallen.



Departement des Innern

In Mio. Franken	RE13	VA14	RE14	Diff. 14
Ausgaben	2,7	3,0	1,9	-1,1
Einnahmen	0	0	0	0
Nettoinvestitionen	2,7	3,0	1,9	-1,1

Die Investitionsrechnung bleibt mit Nettoausgaben von 1,9 Mio. Franken um 1,1 Mio. Franken unter dem Voranschlag. Die Realisierung der Rotlichtanlage Handelshofkreuzung Olten (0,2 Mio. Franken), die Mobile Erfassung der ETC-Daten (0,2 Mio. Franken) sowie die Beschaffung von Uniformen (0,1 Mio. Franken) und der technischen Infrastruktur (0,6 Mio. Franken) wurden betriebsbedingt verschoben.

Volkswirtschaftsdepartement

In Mio. Franken	RE13	VA14	RE14	Diff. 14
Ausgaben	5,8	8,4	7,4	-1,0
Einnahmen	-2,2	-3,7	-1,5	2,2
Nettoinvestitionen	3,6	4,7	5,9	1,2

Das Volkswirtschaftsdepartement investiert 1,2 Mio. Franken mehr als budgetiert. Die Abweichung ergibt sich aufgrund des Darlehens an die Seilbahn Weissenstein (+2,1 Mio. Franken) und wegen geringeren Beiträgen an Infrastrukturprojekte in der Landwirtschaft (-0,9 Mio. Franken).



1.5 Globalbudgets

Globalbudgetsaldo (in 1'000 Franken)	RE13	VA14	RE14	Diff. RE/VA14	Diff. in %
Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat	717.4	711.7	716.2	4.5	0.6
Dienstleistungen der Staatskanzlei	7'159.6	7'560.7	7'334.3	-226.4	-3.0
Drucksachen und Lehrmittel	2'415.5	2'656.1	2'213.7	-442.4	-16.7
Führungsunterstützung BJD und amtliche Geoinformation	4'034.5	4'369.4	3'907.5	-461.9	-10.6
Raumplanung	2'754.4	3'012.1	2'639.3	-372.8	-12.4
Hochbau	27'647.4	29'397.9	29'394.3	-3.7	0.0
Strassenbau	30'046.6	32'317.4	29'755.7	-2'561.7	-7.9
Öffentlicher Verkehr	31'360.0	36'792.1	35'551.9	-1'240.2	-3.4
Administrative und technische Verkehrssicherheit	-2'094.8	-2'238.5	-2'053.2	185.3	-8.3
Umwelt	10'478.4	11'001.8	10'117.3	-884.4	-8.0
Denkmalpflege und Archäologie	3'024.4	3'021.2	3'022.7	1.5	0.0
Jugendanwaltschaft	4'674.8	5'105.2	4'802.6	-302.6	-5.9
Staatsanwaltschaft	4'523.2	4'942.8	4'139.4	-803.3	-16.3
Führungsunterstützung DBK	10'248.7	10'501.6	10'102.3	-399.4	-3.8
Volksschule	19'984.4	34'560.1	28'695.4	-5'864.7	-17.0
Berufsbildung, Mittel- und Hochschulwesen	8'934.3	9'076.2	8'823.0	-253.2	-2.8
Kultur und Sport	7'117.5	6'900.1	6'906.4	6.3	0.1
Mittelschulbildung	36'450.9	40'302.7	39'116.6	-1'186.1	-2.9
Fachhochschulbildung	35'048.4	38'118.0	38'134.9	16.9	0.0
Berufsschulbildung	30'172.6	33'526.1	32'303.7	-1'222.4	-3.6
Führungsunterstützung FD und Amtschreibereiaufsicht	1'637.0	1'656.4	1'596.0	-60.4	-3.6
Finanzen und Statistik	375.9	797.3	-128.1	-925.4	-116.1
Personalwesen	3'163.0	3'852.0	3'306.1	-545.9	-14.2
Steuerwesen	14'073.1	15'227.6	14'793.9	-433.7	-2.8
Informationstechnologie	14'065.9	16'487.1	14'291.0	-2'196.1	-13.3
Amtschreiberei-Dienstleistungen	-11'159.5	-10'723.0	-9'839.9	883.1	-8.2
Staatsaufsichtswesen	941.9	971.6	950.5	-21.1	-2.2
Gesundheit	5'416.1	5'800.0	5'317.6	-482.4	-8.3



Globalbudgetsaldo (in 1'000 Franken)	RE13	VA14	RE14	Diff. RE/VA14	Diff. in %
soH	55'720.0	52'419.5	52'419.5	0.0	0.0
Soziale Sicherheit	11'520.6	12'432.5	11'889.7	-542.9	-4.4
Migration	1'044.4	1'794.9	848.0	-946.9	-52.8
Justizvollzug	9'591.9	6'956.9	6'349.7	-607.3	-8.7
Polizei	74'204.1	75'580.1	74'908.4	-671.7	-0.9
Führungsunterstützung VWD	1'123.1	1'144.2	1'110.4	-33.8	-3.0
Wirtschaft und Arbeit	1'985.2	3'025.9	2'814.2	-211.7	-7.0
Energiefachstelle	840.6	2'100.8	674.9	-1'425.9	-67.9
Gemeinden und Zivilstandsdienst	2'534.9	2'896.2	2'541.0	-355.3	-12.3
Wald, Jagd und Fischerei	2'854.5	3'401.9	3'076.1	-325.8	-9.6
Landwirtschaft	9'026.8	9'054.4	8'780.1	-274.2	-3.0
Militär und Bevölkerungsschutz	5'963.5	6'563.7	5'934.5	-629.3	-9.6
Gerichte	13'970.7	14'959.1	14'935.9	-23.2	-0.2
Total Aufwandüberschuss	493'592.0	538'033.8	512'193.5	-25'840.3	-4.8

1.6 Bruttoentnahmen aus Spezialfinanzierungen

Spezialfinanzierung (in 1'000 Franken)	RE13	VA14	RE14	Diff. RE/VA14	Diff. in %
Berufliche Vorsorge Mitglieder des RR	1'045.0	1'013.3	1'206.4	193.1	19.1
Natur- und Heimatschutz	4'427.0	5'186.4	4'912.5	-273.9	-5.3
Strassenbaufonds	70'682.1	75'662.0	71'315.1	-4'346.9	-5.7
Altlastenfonds	1'445.7	1'300.0	974.4	-325.6	-25.0
Abwasserfonds	2'935.2	1'500.0	1'636.7	136.7	9.1
Entsorgungsfonds	7.0	30.0	13.5	-16.5	-55.1
Deponienachsorgefonds	246.4	244.0	250.6	6.6	2.7
Unfallkasse	60.1	60.1	31.1	-29.0	-48.2
Krankentaggeldversicherung GAV	938.6	1'399.5	1'234.4	-165.1	-11.8
Finanzausgleich der Einwohnergemeinden	30'162.7	30'000.0	29'964.1	-35.9	-0.1
Finanzausgleich der Kirchgemeinden	11'273.0	10'990.0	11'340.5	350.5	3.2
Forstfonds	598.1	650.0	547.0	-103.0	-15.8
Jagd- und Fischereifonds	1'438.4	1'149.3	1'183.6	34.3	3.0
Zufahrt zu Berghöfen	650.0	650.0	650.0	0.0	0.0
Tierseuchenkasse	974.4	1'163.3	842.6	-320.7	-27.6
Total Bruttoentnahmen	126'883.5	130'997.9	126'102.6	-4'895.2	-3.7

2.

Rahmenbedingungen

Materiell waren vor allem die folgenden, finanzpolitischen Rahmenbedingungen und Budgetbeschlüsse zu berücksichtigen:

Wirtschaftswachstum 2014

Die Schweizer Konjunktur blieb 2014 solide. Zum Jahreswechsel 2014/2015 war das weltwirtschaftliche Konjunkturmilieu nach wie vor durch eine insgesamt nur zögerliche Erholung geprägt. Die konjunkturellen Divergenzen zwischen den verschiedenen Wirtschaftsräumen sind gross und haben sich über die letzten Quartale noch ausgeweitet. Für das Gesamtjahr 2014 rechnet die Expertengruppe des Bundes mit einem BIP-Wachstum von 1,9 Prozent, womit die Schweiz im europäischen Quervergleich abermals, wie schon in den vorangegangenen Jahren, gut abschneidet. Im Kanton Solothurn stieg die Arbeitslosenquote im Dezember 2014 saisonal bedingt von 2,3 Prozent auf 2,6 Prozent (CH: 3,4 Prozent). Für das Jahr 2014 betrug die Quote im Kanton Solothurn 2,5 Prozent (Vorjahr: 2,7 Prozent; CH 2014: 3,2 Prozent). Damit ging die Arbeitslosigkeit im Kanton Solothurn 2014 gegenüber 2013 um 8,4 Prozent zurück. Die Inflationsrate in der Schweiz pendelt nach wie vor um die Null-Marke. Die Erdölpreise zogen in den letzten Monaten die Teuerung nach unten, während im Übrigen kaum Teuerungsdruck aufkam. Die durchschnittliche Jahresteuernorm 2014 in der Schweiz betrug 0,0 Prozent.

Staatssteuer

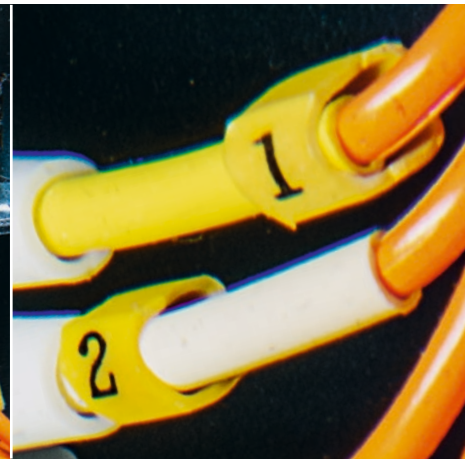
Im Jahr 2014 wurde eine Staatssteuer von 102 Prozent für die natürlichen Personen und 104 Prozent für die juristischen Personen erhoben.

Treibstoffzollanteil, LSVA und Globalbudgetbeiträge Hauptstrassen

Der Allgemeine Treibstoffzollanteil von 10,2 Mio. Franken (Vorjahr: 11,0 Mio. Franken) sowie der Ertrag aus der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) von 12,8 Mio. Franken (Vorjahr: 13,0 Mio. Franken) und den Globalbudgetbeiträgen des Bundes an die Hauptstrassen gemäss NFA von 2,0 Mio. Franken (Vorjahr: 0,9 Mio. Franken) wurden vollumfänglich der Spezialfinanzierung «Strassenbaufonds» zugewiesen.

Löhne

Unter Berücksichtigung der Teuerungsentwicklung, der Wirtschafts- und Finanzlage des Kantons sowie der Situation auf dem Arbeitsmarkt hatte der Regierungsrat im August 2013 entschieden, die Löhne für das Staatspersonal, die Lehrpersonen an der Volksschule und die Mitarbeitenden der Solothurner Spitäler AG für das Jahr 2014 auf dem Niveau des Jahres 2013 beizubehalten. Die Gesamtarbeitsvertragskommission hatte an ihrer Sitzung vom 22. August 2013 den Vorschlag des Regierungsrates akzeptiert.



Rückstellungen

Mit dem Rechnungsabschluss 2014 wurden folgende Rückstellungen vermindert oder erhöht:

- Rückstellungen AWA Verpflichtungen Energieförderprogramm -500'000 Franken
- Rückstellung Asbest-/PCB-Sanierung Altes Spital -540'000 Franken
- Bürgerschaftsverluste Wirtschaftsförderung +225'000 Franken

Im neuen Gesetz über die Pensionskasse Kanton Solothurn wird die rückwirkende Ausfinanzierung per 1.1.2012 in den Übergangsbestimmungen explizit erwähnt. Die Rückstellung wurde deshalb auf dem Stand 1.1.2012 belassen. Die Pensionskasse wird am 1.1.2015 rückwirkend per 1.1.2012 ausfinanziert.

Per Saldo reduzierten sich die Rückstellungen von 498,5 Mio. Franken per 1. Januar 2014 um 0,8 Mio. Franken auf 497,7 Mio. Franken per 31. Dezember 2014.

Verzinsung Spezialfinanzierung

Im Rechnungsjahr 2014 wurde, wie bereits in den Vorjahren, auf die Verzinsung der Spezialfinanzierungen verzichtet, soweit das Gesetz im Einzelfall nicht zwingend eine Verzinsung vorschreibt.

Formelle Grundlage

Formell richtet sich der Geschäftsbericht 2014 nach der per 1. Januar 2005 in Kraft getretenen WoV-Gesetzgebung (Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G; BGS 115.1)). Für den Geschäftsbericht findet insbesondere § 24 WoV-G Anwendung.

3.

Die grössten Aufwandpositionen

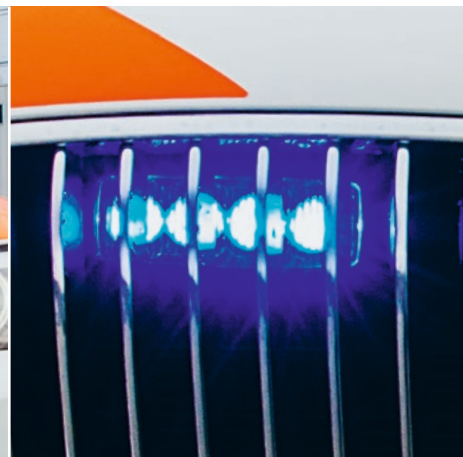
3.1 Besoldungskosten

Der Voranschlag 2014 enthält keine Lohnerhöhung.

Departement	Voranschlag 2014	Rechnung 2014	Differenz in Franken	Differenz in %
Behörden	2'732'250	2'855'507	123'257	4.5
Staatskanzlei	4'604'525	4'516'277	-88'248	-1.9
Bau und Justiz	52'141'360	50'464'982	-1'676'378	-3.2
Bildung und Kultur				
– Lehrkräfte	83'656'334	79'815'819	-3'840'514	-4.6
– Verwaltungspersonal	33'953'188	32'540'120	-1'413'067	-4.2
Finanz	51'972'440	51'192'240	-780'200	-1.5
Inneres	88'495'300	88'675'915	180'615	0.2
Volkswirtschaft	33'629'965	32'294'935	-1'335'030	-4.0
Gerichte				
– Richter	5'005'480	4'745'577	-259'903	-5.2
– Verwaltungspersonal	10'174'255	10'026'271	-147'984	-1.5
Total Besoldungen	366'365'096	357'127'644	-9'237'452	-2.5

Die obige Tabelle zeigt bei den Besoldungen gegenüber dem Voranschlag eine Abnahme von 9,2 Mio. Franken oder 2,5 Prozent, die sich auf verschiedene Positionen verteilt.

- Im Bereich Behörden resultiert eine Abweichung von +4,5 Prozent aufgrund von Mehrkosten bei den Sitzungsgeldern des Kantonsrates (höhere Anzahl Sessionshalbtage) sowie infolge nicht budgetierter Personalausgaben beim Regierungsrat (Temporärstellen Föderalismuskonferenz 2014 bzw. Olma 2013).
- Im Bau- und Justizdepartement übersteigen Minderaufwendungen aufgrund nicht oder später als vorgesehen besetzter vakanter Stellen, erste Auswirkungen der eingeleiteten Sparmassnahmen und geringere Entschädigungen für Pikettendienste und Inkonvenienzen die Kosten der ansteigenden Erfahrungsstufen.
- Die Abweichung bei den Lehrkräften im Departement für Bildung und Kultur (DBK) ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die Löhne Logopädie ab 1.8.2014 durch die Gemeinden bezahlt werden und dass sich der Aufbau der regionalen Kleinklassen verzögerte.
- Der Minderaufwand beim Verwaltungspersonal des DBK ist die Folge der Umsetzung von Sparmassnahmen in den Berufsbildungszentren (BBZ) sowie Optimierung und Bereinigung der Prozesse im Heilpädagogischen Schulzentrum (HPSZ).
- Der Minderaufwand im Volkswirtschaftsdepartement resultiert hauptsächlich aus dem vom Bund finanzierten Bereich Arbeitsmarkt und Arbeitslosenkasse (-0,7 Mio. Franken) sowie einem Stellenabbau und Vakanzen im Amt für Militär und Bevölkerungsschutz (-0,5 Mio. Franken).
- Die Verbesserung bei den Gerichten ist auf die Nichtausschöpfung der Ersatzrichter- und Aushilfskredite sowie geringfügige Mutationsgewinne beim Verwaltungspersonal zurückzuführen.



Vergleich der Besoldungskosten Rechnung 2013 / Rechnung 2014

Departement	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Differenz in Franken	Differenz in %
Behörden	2'831'852	2'855'507	23'655	0.8
Staatskanzlei	4'319'205	4'516'277	197'072	4.6
Bau und Justiz	50'995'211	50'464'982	-530'229	-1.0
Bildung und Kultur				
– Lehrkräfte	72'776'273	79'815'819	7'039'546	9.7
– Verwaltungspersonal	28'544'695	32'540'120	3'995'425	14.0
Finanz	50'693'055	51'192'240	499'185	1.0
Inneres	87'599'456	88'675'915	1'076'459	1.2
Volkswirtschaft	32'851'881	32'341'409	-44'472	-0,1
Gerichte				
– Richter	32'341'409	32'294'935	-46'474	-0.1
– Verwaltungspersonal	9'776'564	10'026'271	249'707	2.5
Total Besoldungen	344'787'774	357'127'644	12'339'870	3.6

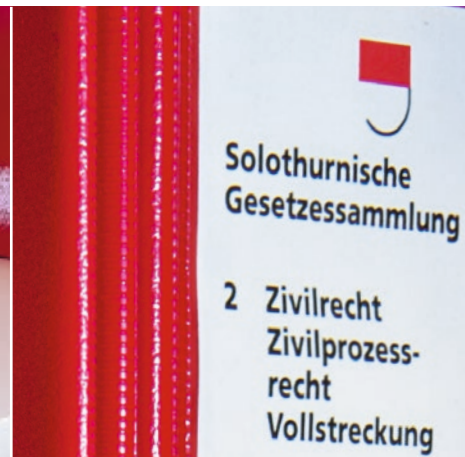
Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich der Besoldungsaufwand um insgesamt 12,3 Mio. Franken oder 3,6 Prozent. Die Zunahme ist alleine auf die Kantonalisierung der Heilpädagogischen Sonderschulen (+13,8 Mio. Franken) zurückzuführen. Ohne die HPS hätten die Besoldungen im 2014 sogar um rund 1,5 Mio. Franken bzw. um 0,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr abgenommen.

- Die Zunahme in der Staatskanzlei um 4,6 Prozent ist auf den Ausbau der Personalressourcen im Staatsarchiv um eine Vollzeitstelle und die Wiederbesetzung vakanter Teilpensen zurückzuführen.
- Im Departement für Bildung und Kultur ist der Anstieg bei den Besoldungen Lehrkräfte und Verwaltung die Folge der Kantonalisierung der Heilpädagogischen Sonderschulen per 1.1.2014 (Volksbeschluss vom 14.4.2013).
- Hauptgründe für den höheren Aufwand im Departement des Innern waren insbesondere die befristeten zusätzlichen Stellen in der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, die Neuausrichtung der Justizvollzugsanstalt (8 Neuanstellungen in der 2. Hälfte 2013) sowie die Altersdemographie der Polizei.
- Der Mehraufwand beim Verwaltungspersonal der Gerichte wurde vor allem durch eine Aufstockung der Gerichtsschreiberkapazität beim Verwaltungsgericht um 120 Prozent verursacht. Diese Massnahme wurde ursprünglich bis Herbst 2015 befristet; infolge betrieblicher Notwendigkeit wird sie nun auf unbefristete Zeit weitergeführt.

3.1.1 Pensenübersicht

In der folgenden Tabelle wird die Veränderung der Stellenprozente pro Globalbudget gegenüber dem Vorjahr ersichtlich. Dazu zählen alle Mitarbeitenden und Lehrpersonen, welche unbefristet, befristet oder stundenweise mit variablem Pensum angestellt sind.

GB-Name	31.12.2013	31.12.2014	absolut	in %
Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat	3.9	4.2	0.3	7.7
Dienstleistungen der Staatskanzlei	25.7	28.3	2.6	10.1
Drucksachen / Lehrmittel	7.0	7.0	0.0	0.0
Total Behörden/ Staatskanzlei	36.6	39.5	2.9	7.9
Führungsunterstützung BJD und amtliche Geoinformation	21.2	22.1	0.9	4.2
Raumplanung	19.3	18.6	-0.7	-3.6
Hochbau	25.1	25.8	0.7	2.8
Strassenbau	120.3	119.4	-0.9	-0.7
Öffentlicher Verkehr	3.5	3.5	0.0	0.0
Administrative und technische Verkehrssicherheit	97.8	95.6	-2.2	-2.2
Umwelt	53.6	55.6	2.0	3.7
Denkmalpflege und Archäologie	14.2	16.2	2.0	14.1
Jugendanwaltschaft	8.1	8.0	-0.1	-1.2
Staatsanwaltschaft	58.6	61.3	2.7	4.6
Total Bau- und Justizdepartement	421.7	426.1	4.4	1.0
Führungsunterstützung DBK	13.8	13.0	-0.8	-5.8
Volksschule ¹	49.7	172.2	122.5	246.5
Berufsbildung, Mittel- und Hochschulwesen	37.0	37.0	0.0	0.0
Kultur und Sport	18.9	18.6	-0.3	-1.6
Mittelschulbildung	292.9	294.3	1.4	0.5
Berufsschulbildung	302.5	284.4	-18.1	-6.0
Total Departement Bildung und Kultur	714.8	819.5	104.7	14.6
Führungsunterstützung FD und Amtschreibereiaufsicht	10.1	9.9	-0.2	-2.0
Finanzen und Statistik	16.6	15.5	-1.1	-6.6
Personalwesen	16.9	17.3	0.4	2.4
Steuerwesen	186.8	189.1	2.3	1.2
Informationstechnologie	45.9	47.1	1.2	2.6
Amtschreiberei-Dienstleistungen	182.2	182.2	0.0	0.0
Staatsaufsichtswesen	6.5	6.5	0.0	0.0
Total Finanzdepartement	465.0	467.6	2.6	0.6



GB-Name	31.12.2013	31.12.2014	absolut	in %
Gesundheit	35.1	34.4	-0.7	-2.0
Soziale Sicherheit	86.8	91.0	4.2	4.8
Migration	52.4	51.2	-1.2	-2.3
Justizvollzug	162.5	163.4	0.9	0.6
Polizei	502.6	500.7	-1.9	-0.4
Total Departement des Innern	839.4	840.7	1.3	0.2
Führungsunterstützung VWD	8.8	6.8	-2.0	-22.7
Wirtschaft und Arbeit	139.4	133.2	-6.2	-4.4
Energiefachstelle	4.6	4.8	0.2	4.3
Gemeinden und Zivilstandsdienst	31.7	29.5	-2.2	-6.9
Wald, Jagd und Fischerei	14.8	14.2	-0.6	-4.1
Landwirtschaft	63.3	63.5	0.2	0.3
Militär und Bevölkerungsschutz	35.9	31.4	-4.5	-12.5
Total Volkswirtschaftsdepartement	298.5	283.4	-15.1	-5.1
Gerichte	110.2	112.7	2.5	2.3
Total Gerichte	110.2	112.7	2.5	2.3
Total Globalbudgets	2'886.2	2'989.5	103.3	3.6

1 Die Kantonalisierung des Heilpädagogischen Sonderschulzentrums führte zu zusätzlichen 133,5 Stellen.

Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich der Pensenbestand um insgesamt 103,3 Pensen oder 3,6 Prozent. Ohne die Kantonalisierung der fünf heilpädagogischen Sonderschulen per 1.1.2014 hätte sich der Pensenbestand per 31.12.2014 gegenüber dem Vorjahr sogar um 30,2 Pensen oder 1,0 Prozent reduziert.



3.1.2 Beiträge an die Pensionskasse und die Sozialversicherungen

Die Beiträge an die staatliche Pensionskasse und die Sozialversicherungen sind den Dienststellen zugewiesen. Der Gesamtbetrag beträgt 74,8 Mio. Franken (Vorjahr 70,6 Mio. Franken). Das entspricht 20,9 Prozent der Bruttobesoldungen (Vorjahr 20,5%).

3.2 Nettoaufwand für einzelne Schultypen

Die folgende Tabelle orientiert über den Nettoaufwand für die einzelnen Schultypen (in 1'000 Fr.).

Jahr	Volksschule	Mittelschule	Berufsschule	Fachhochschule	Universität	Total
2010	179'077	50'741	49'875 ¹	30'489 ²	29'055	339'237
2011	201'942	51'615	46'408	31'581	30'056	361'602
2012	194'516	46'493	47'279	32'673	30'272	351'233
2013	198'740	48'027	42'541	35'048	29'869	354'225
2014	199'140	50'572	43'730	38'135	32'245	363'822

¹ Inkl. Bildung einer Rückstellung von 3,8 Mio. Franken für die Schliessung der Deckungslücke der Kantonalen Pensionskasse Solothurn für die beabsichtigte Privatisierung und Fusion der Höheren Fachschulen Technik in Grenchen und Biel (RRB Nr. 2010/705 vom 20.4.2010).

² Inkl. Auflösung der Rückstellung von 4,1 Mio. Franken für die Schliessung der Deckungslücke der Kantonalen Pensionskasse Solothurn.

Gegenüber dem Vorjahr ist der Aufwand im Schulbereich um 9,6 Mio. Franken oder 2,7 Prozent angestiegen. Die Abweichungen in den einzelnen Sparten sind vor allem auf Folgendes zurückzuführen:

- Im Bereich der Volksschulen gibt es nur einen marginalen Anstieg von 0,4 Mio. Franken oder 0,2%.
- Im Bereich der Mittelschulen ist der Anstieg um 2,5 Mio. Franken auf folgende Faktoren zurückzuführen:
 - 1,5 Mio. Franken als Folge der im 2013 aufgelösten Rückstellung für den Sozialplan Sek I Reform und die aufgelöste Abgrenzung Überpensen Lehrkräfte.
 - 0,4 Mio. Franken höhere Lehrerbesoldungen aufgrund von mehr Schülerinnen und Schülern und mehr Klassen Fachmittelschule und mehr Klassen Gymnasium.
 - 0,8 Mio. Franken tiefere Beiträge der Gemeinden an Sek P sowie tiefere Erträge Vorbereitungskurs Pädagogische Hochschule (im 2013 wurden nebst dem Jahr 2013 auch die Vorjahre fakturiert).



- Im Bereich der Berufsschulen beruht der Anstieg um 1,2 Mio. Franken hauptsächlich darauf, dass die Neubewertung der Rückstellung Deckungslücke Pensionskasse für die privatisierte Höhere Fachschule für Technik im 2013 zu einer ausserordentlichen Aufwandminderung von 1,0 Mio. Fr führte.
- Bei der Fachhochschule ist ein Anstieg von 3,1 Mio. Franken feststellbar. Er entspricht dem vierkantonalen Leistungsauftrag, der vom Kantonsrat mit SGB 090a/2011 am 7.12.2011 beschlossen worden ist.
- Bei den Universitäten ist der Mehraufwand von 2,4 Mio. Franken hauptsächlich auf die Tarifierhöhung zurückzuführen. Die Anzahl Studierende hat gegenüber dem Vorjahr um 40 zugenommen.

3.3 Nettoverschuldung und Zinsendienst

3.3.1 Nettoverschuldung

Die Nettoverschuldung – verstanden als Differenz zwischen den gesamten fremden Mitteln (kurz-, mittel- und langfristigem Fremdkapital sowie Verpflichtungen für Spezialfinanzierungen) einerseits und dem Finanzvermögen (frei verfügbare flüssige Mittel, Guthaben, Anlagen) andererseits – hat sich wie folgt entwickelt:

Nettoverschuldung (in Mio. Franken)	2010	2011	2012	2013	2014
Fremdkapital*	924,7	815,5	1'537,5	1'768,5	1'874,9
inkl. Spezialfinanzierungen FK					
Spezialfinanzierungen (netto)	34,3	17,7	-	-	-
Total fremde Mittel	959,0	833,2	1'537,5	1'768,5	1'874,9
./. Finanzvermögen	1'001,7	857,0	1'081,3	1'151,1	1'105,8
Nettoverschuldung	-42,7	-23,8	456,2	617,4	769,1

* ohne Darlehen der landwirtschaftlichen Kreditkasse (2014 total 85,4 Mio. Franken)

Die Zunahme der Nettoverschuldung im Jahr 2014 ist weitgehend auf die Kapitalaufnahme von netto 100 Mio. Franken (Neue Anleihe von 250 Mio. Franken, Rückzahlung einer abgelaufenen Anleihe von 150 Mio. Franken) im Dezember 2014 zurückzuführen.



3.3.2 Nettozinsaufwand

Für die Berechnung des Nettozinsaufwandes werden den Passivzinsen die Vermögenserträge gemäss volkswirtschaftlicher Gliederung gegenübergestellt. Die Entwicklung seit 2010 präsentiert sich wie folgt:

Zinsendienst (in Mio. Franken)	2010	2011	2012	2013	2014
Passivzinsen	22,6	15,9	15,1	13,8	17,4
Vermögenserträge*	30,2	27,3	13,2	12,0	14,0
Nettozinsaufwand bzw. -ertrag	-7,6	-11,4	1,9	1,8	3,4
Total Staatssteuern	794,7	772,6	750,2	758,6	788,3
Nettozinsaufwand in % Staatssteuern	-1,0	-1,5	0,3	0,2	0,4

* Exkl. Buchgewinne

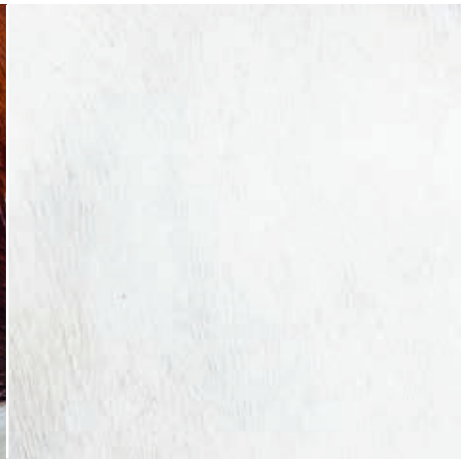
Im Jahr 2014 wird ein Nettozinsaufwand von 3,4 Mio. Franken ausgewiesen (2013: Nettozinsaufwand 1,8 Mio. Franken). Gemessen am Ertrag der gesamten Staatssteuer beträgt der Nettozinsaufwand 0,4 Prozent, d.h. von 100 Franken Steuerertrag müssen 40 Rappen für den Nettozinsendienst ausgegeben werden.

3.4 Abschreibungen

3.4.1 Verwaltungsvermögen

Die Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen werden aufgrund des Standes am 31. Dezember 2014, d.h. nach den Aktivierungen, vorgenommen. Das den Abschreibungen unterliegende Verwaltungsvermögen wird in der Bilanz unter den Positionen Sachgüter, bedingt rückzahlbare Darlehen Öffentlicher Verkehr und Investitionsbeiträge ausgewiesen. Das abzuschreibende Verwaltungsvermögen veränderte sich 2014 wie folgt:

Abschreibungen Verwaltungsvermögen in Mio. Franken	2013	2014
Abzuschreibendes Verwaltungsvermögen per 1. Januar	1'339,6	1'382,0
Abzuschreibende Nettoinvestitionen laufendes Jahr (Sachanlagen, Investitionsbeiträge)	111,8	92,4
Verwaltungsvermögen per Ende Rechnungsjahr vor Abschreibungen	1'451,4	1'474,4
Ordentliche Abschreibungen (Sachanlagen, Investitionsbeiträge)	69,4	69,8
Restbuchwert per 31. Dezember	1'382,0	1'404,6



Mit HRM2 wird das Verwaltungsvermögen im Gegensatz zur früheren Abschreibungspraxis von 10 Prozent bzw. 100 Prozent bei Spezialfinanzierungen nun linear auf der Basis der Nutzungsdauer je Anlagekategorie abgeschrieben. Zusätzliche Abschreibungen werden nicht zugelassen. In der Staatsrechnung 2014 wurden auf dem Verwaltungsvermögen (Sachanlagen, Investitionsbeiträge) Abschreibungen von insgesamt 69,8 Mio. Franken vorgenommen. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ordentlich)	49,4
Abschreibungen Spezialfinanzierungen	20,4
Total Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen (Sachanlagen, Investitionsbeiträge)	69,8

Der Gesamtabschreibungssatz des Verwaltungsvermögens wird wie folgt berechnet:

Total abzuschreibende Aktiven	1'474,4
Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen	69,8
Gesamtabschreibungssatz (in %) = $(69,8 \text{ Mio. Fr.} \times 100) / 1'474,4 \text{ Mio. Fr.}$	4,7

3.4.2 Finanzvermögen

Die Abschreibungen auf dem Finanzvermögen erreichen im Rechnungsjahr den Betrag von 23,1 Mio. Franken (Vorjahr: 23,3 Mio. Franken). Daran partizipieren, nebst Strafverfolgung und Justizadministration (2,7 Mio. Franken) sowie den Gerichten (1,4 Mio. Franken), vor allem das Steueramt mit den folgend aufgeführten Verlusten von insgesamt 17,8 Mio. Franken:

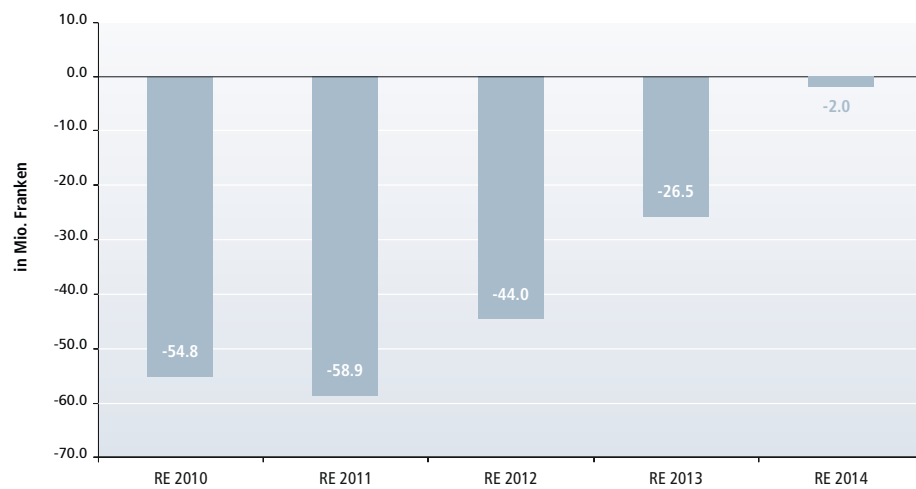
	Mio. Franken
Erlassene Staatssteuern Natürliche Personen	0,7
Uneinbringliche Staatssteuern Natürliche Personen	16,2
Erlassene und uneinbringliche Staatssteuern Juristische Personen	0,4
Erlassene und uneinbringliche Sondersteuern	0,5
Total	17,8

Die auf den Staatssteuern abgeschriebenene Beträge machen 2,3 Prozent des gesamten Staatssteuerertrages aus und liegen damit unter dem Vorjahr (2013: 3,1 Prozent).



3.5 Strassenbaufonds

-Verlustvortrag bzw. +Eigenkapital in Mio. Franken

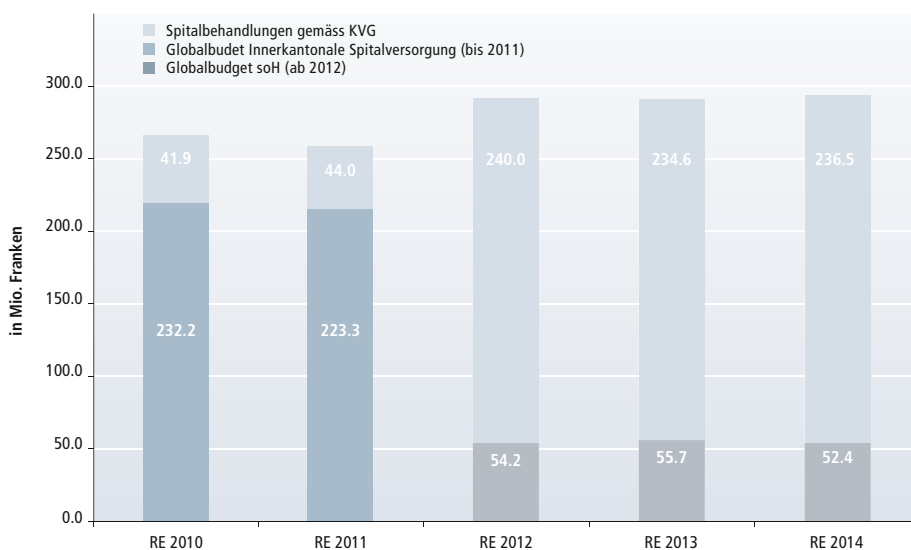


Die Ausgaben im Strassenbau werden über die Spezialfinanzierung Strassenbaufonds abgewickelt. Aufgrund geringerer Bautätigkeit als geplant (Verzögerungen bei den Grossprojekten Passwangstrasse Mümliswil-Ramiswil, Wilihofbrücke Riedholz, Saalstrasse Kienberg, Luzernstrasse Zuchwil und bei verschiedenen Kleinprojekten) sowie eingegangener Bundesgelder im Projekt ERO (Entlastung Region Olten) nimmt die Verschuldung der Spezialfinanzierung im Jahr 2014 um 24,5 Mio. Franken ab. Die Fondsverschuldung sinkt per Ende Jahr von 26,5 Mio. Franken auf 2,0 Mio. Franken. Ohne die Gesamtverkehrsprojekte (GVP) weist der Strassenbaufonds per 31.12.2014 ein Eigenkapital von 74,3 Mio. Franken aus. Hingegen beträgt der Bilanzfehlbetrag bei den Gesamtverkehrsprojekten immer noch 76,3 Mio. Franken.



3.6 Gesundheitskosten

Spitalversorgung in Mio. Franken



Gemäss KVG sind im Rahmen der seit 1. Januar 2012 gültigen neuen Spitalfinanzierung die Vergütungen für die stationären Leistungen von den Kantonen und den Krankenversicherern anteilmässig zu übernehmen. Dies gilt für alle Spitäler, die auf der Spitalliste eines Kantons aufgeführt sind und ist zudem unabhängig davon, ob es sich um öffentliche oder private Spitäler handelt.

Die Kosten der «Spitalbehandlungen gemäss KVG» für den Kanton Solothurn betragen 2014 mit 236,5 Mio. Franken 1,9 Mio. Franken mehr als 2013. Das Globalbudget soH umfasst besondere Leistungsaufträge an die soH sowie gemeinwirtschaftlichen Leistungen. Die Aufwände 2014 sind mit 52,4 Mio. Franken um 3,3 Mio. Franken tiefer als 2013.



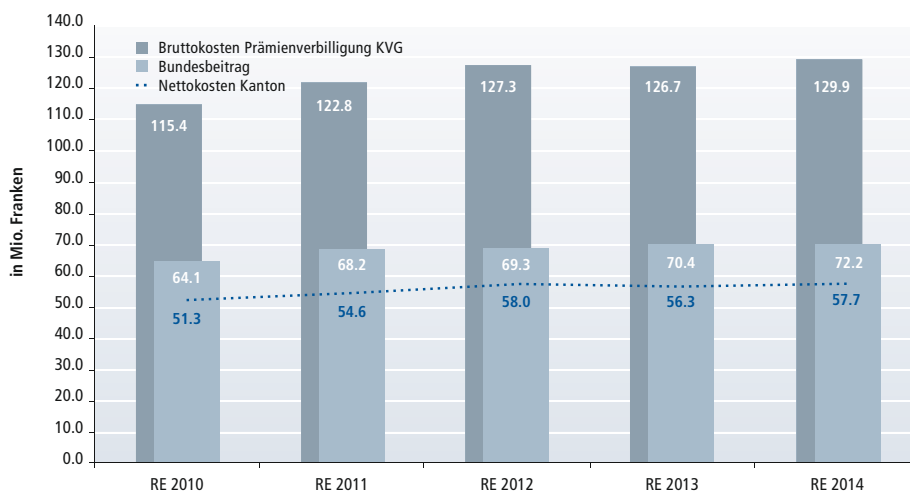
3.7 Soziale Sicherheit

Die Bruttoaufwendungen für die soziale Sicherheit betragen 2014 457,0 Mio. Franken (davon entfielen 14,8 Mio. Franken auf das Globalbudget Soziale Sicherheit). Diesen Aufwendungen standen Erträge von 231,6 Mio. Franken gegenüber, woraus sich eine Nettobelastung von 225,4 Mio. Franken ergab.

- Sozialintegration und Prävention
Der Nettoaufwand für Sozialintegration und Prävention betrug 0,6 Mio. Franken (Voranschlag 2014: 0,6 Mio. Franken; Rechnung 2013: 0,6 Mio. Franken).
- Sozialversicherungen und Ergänzungshilfen
Der Nettoaufwand für Sozialleistungen und Existenzsicherung betrug 220,8 Mio. Franken (Voranschlag 2014: 222,1 Mio. Franken; Rechnung 2013: 208,5 Mio. Franken). Die grössten Positionen waren die Individuelle Prämienverbilligung nach KVG und die Ergänzungsleistungen AHV und IV.
Die sozialen Institutionen und Organisationen belasteten den Kanton netto mit 29,2 Mio. Franken für Beiträge an ausserkantonale Behindertenwohnheime und innerkantonale Werkstätten (Voranschlag 2014: 29,0 Mio. Franken; Rechnung 2013: 28,3 Mio. Franken). Der Pflegekostenbeitrag belief sich auf 21,8 Mio. Franken (Voranschlag 2014: 22,0 Mio. Franken; Rechnung 2013: 20,9 Mio. Franken). Die Aufwendungen für die Ergänzungsleistungen Familien betragen 5,2 Mio. Franken (Voranschlag 2014: 5,0 Mio. Franken; Rechnung 2013: 4,5 Mio. Franken). Die Verwaltungskosten betragen 0,5 Mio. Franken.
Die Rechnung der Opferhilfe schloss mit 0,4 Mio. Franken (Voranschlag 2014: 1,5 Mio. Franken; Rechnung 2013: 1,1 Mio. Franken) ab.
- Soziale Notlagen und Sanktionen
Im Fachbereich Sozialhilfe und Asyl wurden die kantonalen Erträge aus Rückerstattungen (0,02 Mio. Franken) sowie die Asylrechnung ausgewiesen. In der Asylrechnung stand dem Aufwand (inkl. Verrechnungen und Rückstellungen) von 34,8 Mio. Franken ein Ertrag von 34,8 Mio. Franken gegenüber.



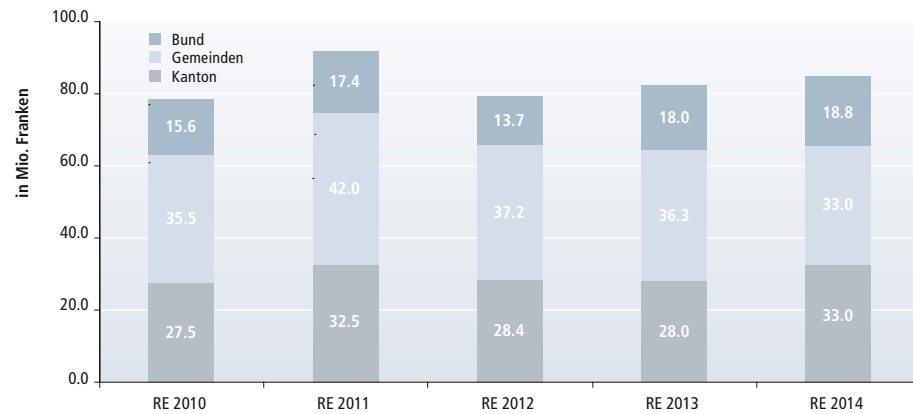
Prämienverbilligung nach KVG in Mio. Franken



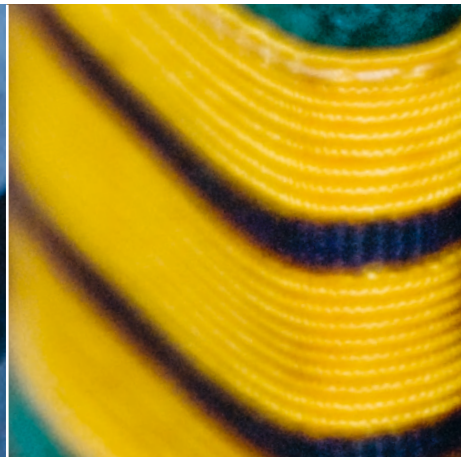
Für die Prämienverbilligung an die Versicherten gemäss KVG wurden 120,2 Mio. Franken (Vorjahr: 126,7 Mio. Franken) aufgewendet. Der Bundesbeitrag betrug 72,2 Mio. Franken (Vorjahr: 70,4 Mio. Franken). In das Ausgleichskonto Individuelle Prämienverbilligung (IPV) wurden infolge noch ausstehender Verlustscheine und einem generellen Rückgang der Gesuche 9,7 Mio. Franken eingelegt. Für den Kanton resultiert eine Nettobelastung von 57,7 Mio. Franken (Vorjahr: 56,3 Mio. Franken). Die Verwaltungskosten IPV betragen 2,1 Mio. Franken.



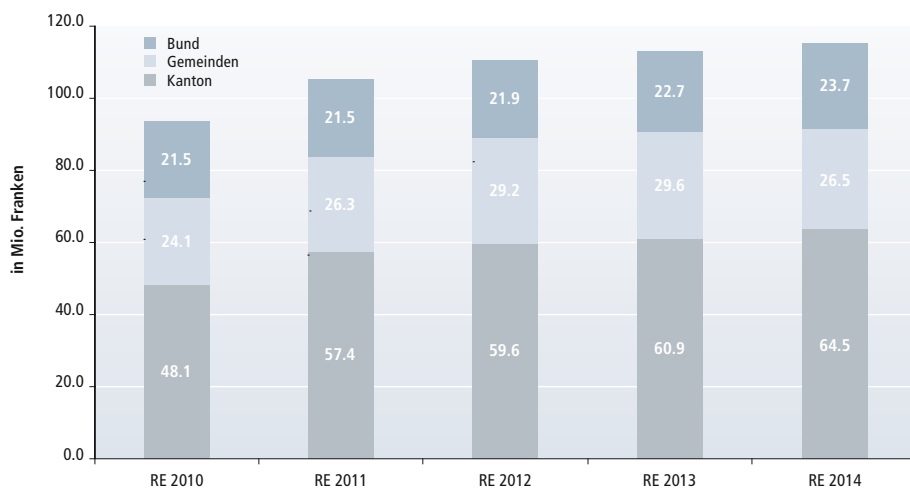
Ergänzungsleistungen AHV in Mio. Franken



Für den Kanton bleibt im Bereich der Ergänzungsleistungen zur AHV bei einem Aufwand von 84,8 Mio. Franken zugunsten privater Haushalte und einem Ertrag aus Beiträgen von Bund (18,8 Mio. Franken) und von Einwohnergemeinden (33,0 Mio. Franken) der Saldo von 33,0 Mio. Franken zu tragen (Voranschlag 2014: 31,6 Mio. Franken; Rechnung 2013: 28,0 Mio. Franken). Die Verwaltungskosten für die EL AHV belaufen sich netto auf 1,5 Mio. Franken.



Ergänzungsleistungen IV in Mio. Franken

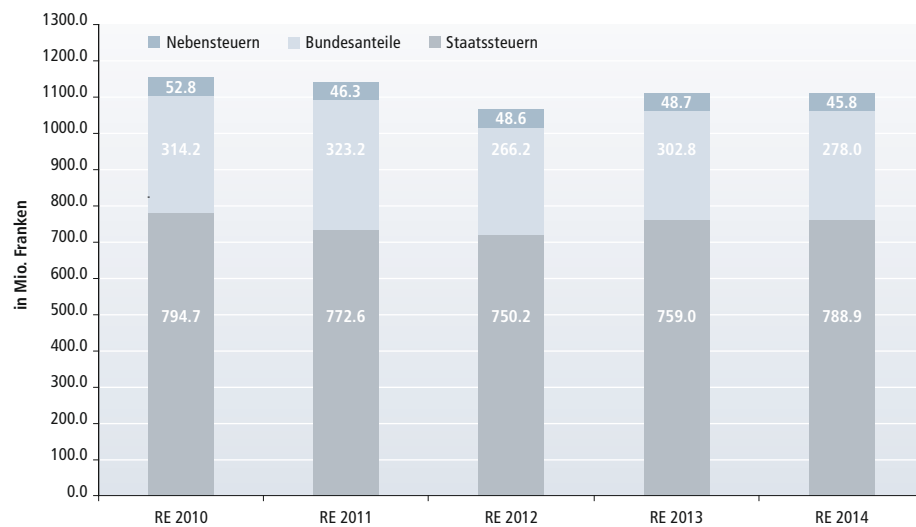


Für den Kanton resultieren im Bereich der Ergänzungsleistungen zur IV bei einem Aufwand von 114,8 Mio. Franken zugunsten privater Haushalte und einem Ertrag aus Beiträgen von Bund (23,7 Mio. Franken) und von Einwohnergemeinden (26,5 Mio. Franken) Kosten von 64,5 Mio. Franken (Voranschlag 2014: 65,5 Mio. Franken; Rechnung 2013: 60,9 Mio. Franken). Die Verwaltungskosten belaufen sich netto auf 1,0 Mio. Franken.

4.

Die grössten Ertragspositionen

Entwicklung wichtigste Erträge in Mio. Franken



Gegenüber dem Vorjahr haben die wichtigsten Erträge um 2,2 Mio. Franken bzw. 0,2 Prozent zugenommen. Der Mehrertrag bei den Staatssteuern von 29,9 Mio. Franken überstieg die Mindererträge bei den Bundesanteilen (-24,8 Mio. Franken) und den Nebensteuern (-2,9 Mio. Franken).

Mit 1'112,7 Mio. Franken schliessen die Erträge um 25,8 Mio. Franken bzw. 2,3 Prozent unter dem Budget ab. Gegenüber dem Voranschlag 2014 fallen insbesondere die fehlende Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank (-21,4 Mio. Franken) und der Minderertrag bei der Direkten Bundessteuer (-4,4 Mio. Franken) ins Gewicht.

4.1 Bundesanteile

An Bundesanteilen wurden insgesamt 278,0 Mio. Franken vereinnahmt. Damit wurde der budgetierte Betrag von 302,1 Mio. Franken per Saldo um 24,1 Mio. Franken unterschritten. Die fehlende Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank führte zu einer Verschlechterung von 21,4 Mio. Franken. Ebenfalls konnte der Minderertrag bei der Direkten Bundessteuer (-4,4 Mio. Franken) durch den Mehrertrag bei der Verrechnungssteuer (+2,1 Mio. Franken) nur teilweise kompensiert werden.

Die Abnahme der Bundesanteile um 24,8 Mio. Franken gegenüber der Rechnung 2013 ist auf die fehlende Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank (-21,6 Mio. Franken) und den Minderertrag bei der Direkten Bundessteuer (-4,0 Mio. Franken) zurückzuführen.



Der Ertrag aus den Bundesanteilen hat sich in den letzten Jahren wie folgt entwickelt:

Bundesanteile (in Mio. Franken)	2010	2011	2012	2013	2014
– Ertrag Nationalbank	54,2	53,9	21,4	21,6	-
– Direkte Bundessteuer	57,4	59,8	54,1	55,7	51,7
– Verrechnungssteuer	15,1	15,6	13,8	17,2	17,5
– NFA-Ressourcenausgleich	190,9	197,4	180,3	211,8	212,1
– NFA-Härteausgleich	-4,1	-4,1	-4,1	-4,0	-4,0
– Anteil EU-Zinsbesteuerung	0,4	0,4	0,4	0,5	0,4
– Rückerstattung CO ₂ -Abgabe	0,4	0,2	0,2	0,1	0,2
Total	314,2	323,2	266,2	302,8	278,0

4.2 Staatssteuerertrag

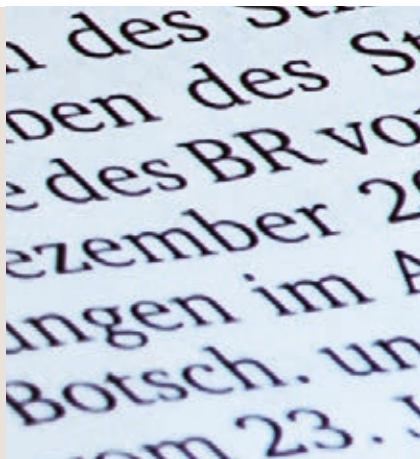
Der Ertrag aus den Staatssteuern ist wie folgt in die Erfolgsrechnung eingesetzt worden:

Staatssteuern (in Mio. Franken)	VA 14	RE 14	Diff. in Fr.	Diff. in %
– Staatssteuer Natürliche Personen ^{1/2}	652,3	647,6	-4,7	-0,7
– Staatssteuer Juristische Personen ¹	120,0	122,2	+2,2	+1,8
– Finanzausgleichssteuer	11,5	11,8	+0,3	+2,6
– Bussen (Strafsteuer)	0,5	0,6	+0,1	+11,1
– Grundstückgewinnsteuer (netto)	7,8	6,7	-1,1	-14,1
Total	792,1	788,9	-3,2	-0,4

¹ Inkl. Erträge aus Vorjahren

² Inkl. die separat ausgewiesenen Grenzgängerbesteuerung, Quellensteuern, Kapitalabfindungssteuern, übrige Sondersteuern und Spitalsteuern aus Vorjahren; netto (Gesamterträge abzüglich Anteil des Bundes und der Gemeinden).

Der in die Staatsrechnung 2014 eingegangene Gesamtertrag der Staatssteuern liegt leicht unter dem Voranschlag 2014 (-3,2 Mio. Franken oder -0,4 Prozent). Bei den natürlichen Personen wurden die ambitiös budgetierten Werte nicht ganz erreicht.



Die folgende Übersicht zeigt die Erträge der Staatssteuern für die Jahre 2010 – 2014:

Staatssteuern (in Mio. Franken)	2010	2011	2012	2013	2014
– Staatssteuer nat. Personen ^{1/2}	624,2	634,3	613,0	622,0	647,6
– Staatssteuer jur. Personen ¹	149,1	115,6	116,7	117,7	122,2
– Finanzausgleichssteuer	14,3	11,9	11,3	11,4	11,8
– Bussen (Strafsteuer)	0,7	1,3	0,3	0,7	0,6
– Grundstückgewinnsteuer (netto)	6,4	9,5	8,9	7,2	6,7
Total	794,7	772,6	750,2	759,0	788,9

¹ Inkl. Erträge aus Vorjahren

² Inkl. die separat ausgewiesenen Grenzgängerbesteuerung, Quellensteuern, Kapitalabfindungssteuern, übrige Sondersteuern und Spitalsteuern aus Vorjahren; netto (Gesamterträge abzüglich Anteil des Bundes und der Gemeinden); Steuersatz: 2010 – 2011 = 104 Prozent, 2012-2013 = 100 Prozent, 2014 = 102 Prozent.

Im Vergleich zum Vorjahr ist beim Ertrag der Staatssteuern eine Zunahme um 29,9 Mio. Franken oder 3,9 Prozent festzustellen. Sowohl die Steuererträge der natürlichen wie auch der juristischen Personen konnten gegenüber dem Vorjahr zulegen, wobei bei den natürlichen Personen die Erhöhung des Steuerfusses von 100 Prozent auf 102 Prozent einerseits, das Mengenwachstum andererseits die Steigerung erklären.

4.2.1 Entwicklung Steuerausstand

Der Ausstand an Staatssteuern betrug per Ende 2014 rund 271,8 Mio. Franken. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus Ausständen von 35,4 Mio. Franken aus den Jahren 1996 – 2012, 89,3 Mio. Franken aus dem Jahr 2013 sowie 147,1 Mio. Franken aus dem Jahr 2014. Der Gesamtausstand per 31.12.2014 liegt somit rund 2,9 Mio. Franken über dem Vorjahreswert, womit der Gesamtausstand aber immer noch gut 2 Mio. Franken unter dem Stand vom 31.12.2012 liegt, dies aber bei deutlich gesteigerten Steuererträgen.

Steuerausstand	31.12.2009	256'716'030 Fr.
Steuerausstand	31.12.2010	286'867'453 Fr.
Steuerausstand	31.12.2011	263'973'193 Fr.
Steuerausstand	31.12.2012	273'957'999 Fr.
Steuerausstand	31.12.2013	268'909'664 Fr.
Steuerausstand	31.12.2014	271'849'423 Fr.
Veränderung Steuerausstand per Ende 2014		+2'939'759 Fr.



4.3 Nebensteuern

Der Ertrag der Nebensteuern 2014 liegt um 1,5 Mio. Franken über dem Budget. Mehrerträge bei der Erbschafts- und der Schenkungssteuer konnten den Minderertrag bei der Handänderungssteuer mehr als kompensieren.

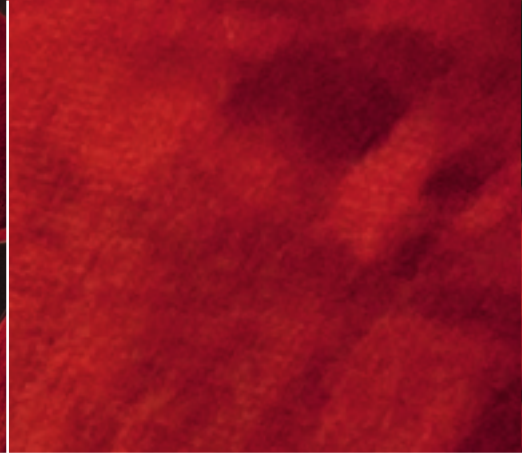
Nebensteuern (in Mio. Franken)	VA 14	RE 14	Diff. in Fr.	Diff. in %
– Handänderungssteuer	25,5	21,2	-4,3	-17,0
– Erbschaftssteuer	13,0	16,1	+3,1	+24,2
– Nachlasssteuer	5,0	5,4	+0,4	+8,6
– Schenkungssteuer	0,8	3,1	+2,3	+286,6
Total	44,3	45,8	+1,5	+3,4

Die nachstehende Tabelle zeigt die seit 2010 ausgewiesenen Erträge der Nebensteuern:

Nebensteuern in Mio. Franken	2010	2011	2012	2013	2014
– Handänderungssteuer	32,0	25,9	30,1	26,4	21,2
– Erbschaftssteuer	14,0	13,4	12,7	14,7	16,1
– Nachlasssteuer	5,0	6,3	5,0	5,7	5,4
– Schenkungssteuer	1,8	0,7	0,8	1,9	3,1
Total	52,8	46,3	48,6	48,7	45,8

Der gesamte Ertrag der Nebensteuern liegt mit 45,8 Mio. Franken 2,9 Mio. Franken unter dem Vorjahresniveau.

Die Handänderungssteuern fielen um 5,2 Mio. Franken tiefer aus als im Vorjahr. Die Begründung für die Mehreinnahmen im Jahr 2012 liegt bei der Erbschaftssteuer-Initiative, welche 2015 zur Abstimmung kommen wird und bei einer Annahme rückwirkend ab 2012 Gültigkeit hätte. Dies hat in den vergangenen Jahren zu einer grossen Anzahl von Handänderungen mit hohem Kaufpreisvolumen geführt. Aufgrund der abgekühlten Konjunktur sind die Liegenschaftstransaktionen anzahl- und betragsmässig weiter zurückgegangen. Die Erträge Erbschaftssteuer sind gestiegen, wobei der Ertrag durch die Erbmasse und den Grad der Verwandtschaft beeinflusst wird.





Bericht der
Revisionsstelle

IV

Bericht der Revisionsstelle

Kantonale Finanzkontrolle

Bielstrasse 9 | Postfach 157
4502 Solothurn
Telefon 032 627 21 01
Telefax 032 627 28 60
www.finanzkontrolle.so.ch

III KANTON **solothurn**

An den Regierungsrat und den Kantonsrat des Kantons Solothurn

Bericht der Revisionsstelle zur Jahresrechnung 2014

Als Finanzkontrolle haben wir die Jahresrechnung des Kantons Solothurn bestehend aus Bilanz, Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung, Geldflussrechnung und Anhang für das am 31. Dezember 2014 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Verantwortung des Regierungsrates

Der Regierungsrat ist für die Aufstellung der Jahresrechnung in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften verantwortlich. Diese Verantwortung beinhaltet die Ausgestaltung, Implementierung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems mit Bezug auf die Aufstellung einer Jahresrechnung, die frei von wesentlichen falschen Angaben als Folge von Verstössen oder Irrtümern ist. Darüber hinaus ist der Regierungsrat für die Auswahl und die Anwendung sachgemässer Rechnungslegungsmethoden sowie die Vornahme angemessener Schätzungen verantwortlich.

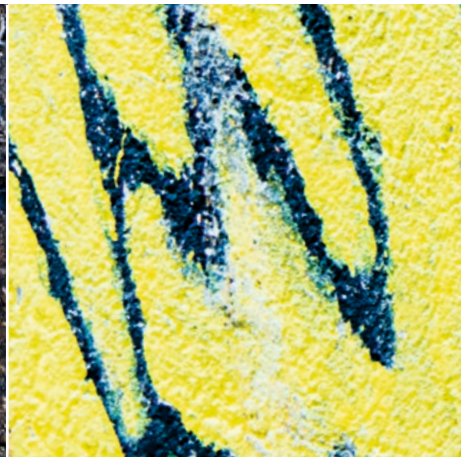
Verantwortung der Revisionsstelle

Unsere Verantwortung ist es, aufgrund unserer Prüfung ein Prüfungsurteil über die Jahresrechnung abzugeben. Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Schweizer Prüfungsstandards vorgenommen. Nach diesen Standards haben wir die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass wir hinreichende Sicherheit gewinnen, ob die Jahresrechnung frei von wesentlichen falschen Angaben ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen für die in der Jahresrechnung enthaltenen Wertansätze und sonstigen Angaben. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemässen Ermessen des Prüfers. Dies schliesst eine Beurteilung der Risiken wesentlicher falscher Angaben in der Jahresrechnung als Folge von Verstössen oder Irrtümern ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Prüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung der Jahresrechnung von Bedeutung ist, um die den Umständen entsprechenden Prüfungshandlungen festzulegen, nicht aber um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems abzugeben.

Die Prüfung umfasst zudem die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsmethoden, der Plausibilität der vorgenommenen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtdarstellung der Jahresrechnung. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise eine ausreichende und angemessene Grundlage für unser Prüfungsurteil bilden.



**Prüfungsurteil**

Nach unserer Beurteilung entspricht die Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2014 abgeschlossene Rechnungsjahr den gesetzlichen Vorschriften.

Vermerk zu sonstigen gesetzlichen und anderen rechtlichen Anforderungen


Wir weisen darauf hin, dass bei der Spezialfinanzierung Strassenbaufonds der Verlustvortrag noch nicht nach den gesetzlichen Vorschriften abgetragen werden konnte (§ 43 Absatz 3 WoV-Gesetz, § 30 WoV-Verordnung). Der Grund liegt in der Realisierung der Gesamtverkehrsprojekte Solothurn und Olten, welche langfristig mit der im Jahr 2003 in Kraft getretenen und bis Ende 2022 befristeten Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer finanziert werden. Der Verlustvortrag, welcher erstmals 1999 entstanden ist, beträgt per 31. Dezember 2014 2 Mio. Franken.

Berichterstattung aufgrund weiterer gesetzlicher Vorschriften

In Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und dem Schweizer Prüfungsstandard 890 bestätigen wir, dass ein gemäss den Vorgaben des Regierungsrates ausgestaltetes internes Kontrollsystem für die Aufstellung der Jahresrechnung existiert.

Wir empfehlen dem Kantonsrat, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

Kantonale Finanzkontrolle


G. Rudolf von Rohr
Chefin
Zugelassene Revisionsexpertin


B. Eberhard
Leitender Revisor
Zugelassener Revisionsexperte

Solothurn, 12. März 2015



Kanton Solothurn

Amt für Finanzen

Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 96
Telefax 032 627 22 71
www.so.ch
afin@fd.so.ch

Fotos: Markus Daeppen, Solothurn

